

# UNABHÄNGIGE Bauernstimme

März 2000 Nummer 221  
K 12858 / 5,00 DM

Eine Zeitung von Bäuerinnen  
und Bauern



**Über den Nachbau von Sorten, die nur national geschützt sind, besteht keine allgemeine Auskunftsspflicht der Bauern.**

Landgericht Braunschweig

Foto: Hasemeier-Reimer

## Bewegung

### Teilerfolg gegen Nachbauregelung

Die Nachbauregelungen fangen an zu wackeln. Das Landgericht Braunschweig hat in einem Urteil die allgemeine Auskunftsspflicht der Landwirte gegenüber den Züchtern für national geschützte Sorten verneint. Kommentar und Erläuterungen auf den Seiten 2, 3 und 5

### Unterschriften gegen Staffelpreis

Aufgebrachte Bauern und Bäuerinnen sammeln Unterschriften gegen die Preispolitik ihrer Molkeerei Tuffi, denn seit November zahlt sie Zuschläge für große Betriebe und holt das Geld bei den kleineren. Seite 8

## Politik

### Agrardiesel beschlossen

Die Bundesregierung hat die Einführung eines Agrardiesels mit eigenem Mineralölsteuersatz beschlossen. Der bringt Betrieben mit einem Dieserverbrauch von über 17.650 l/Jahr Vorteile gegenüber der jetzigen Regelung. Seite 7

### Fiecher, Flanzen – FFH kommt

Brüssel drängt die Bundesländer zum Abschluß der Meldung. Die Berücksichtigung der Landwirtschaft ist dabei sehr unterschiedlich verlaufen. Jetzt beginnt die Frist zur Umsetzung der Schutzziele in den FFH-Gebieten. Seite 6

## Schwerpunkt

### Neue Politik in Frankreich

Ein Blick nach Frankreich lohnt allemal, auch agrarpolitisch. Im Interview erklärt Bauer Laurent Cartier, warum die „AbL-Schwester“ CP so erfolgreich ist. Auch die Regierung hat Interessantes zu bieten: Modulation, Orientierungsgesetz und freiwillige Verträge. Seite 12-14

### weitere Themen

Schweinebauern-Demo vor der Metro AG Seite 4, WTO-Entscheidung gegen USA Seite 2, Landtechnik im Wandel Seite 15, Hörner tragende Kühe im Laufstall Seite 16-17, Gen-Mais-Anbau untersagt Seite 5

Ein erster Durchbruch ist geschafft.

Die Entscheidung des Landgerichts Braunschweig beweist, dass die juristische Auseinandersetzung um das Vorgehen der Saatgut-Treuhandverwaltungs GmbH (StV) und das politische Eintreten gegen die Nachbauregelungen gerechtfertigt sind.

Das Landgericht hat als erstes Gericht gegen die StV entschieden und eine allgemeine Auskunftspflicht über den Nachbau von Sorten, die lediglich nach nationalem Recht geschützt sind, verneint. Das sind ca. 60 % der von der StV im Ratgeber zur Nachbauerklärung bezeichneten Sorten. Das Landgericht hat somit die von der Interessengemeinschaft gegen die Nachregelungen bundesweit vorgebrachten Bedenken in einem wesentlichen Punkt bestätigt und ausgesprochen: dass es – zumindest im deutschen Recht – einen von der Interessengemeinschaft als „Ausforschungsanspruch“ bezeichneten Rechtsanspruch der StV nicht gibt. Erst wenn der Sortenschutzinhaber im Einzelfall den Nachbau seiner Sorte darlegt, besteht ein Auskunftsanspruch über den Umfang des Nachbaus.

Hervorzuheben ist bereits an dieser Stelle, dass in den jetzt geführten Prozessen die erheblichen juristischen Zweifel im Zusammenhang mit der Höhe der Nachbaugebühren noch keine Rolle spielten.



Die Entscheidung des Landgerichts Braunschweig gilt vorläufig unmittelbar in Niedersachsen, hat mit ihrer Deutlichkeit der Ablehnung des Auskunftsanspruches aber bundesweite Bedeutung. In den nächsten Monaten werden weitere wichtige Entscheidungen der Landgerichte anderer Bundesländer folgen

(Trier, Düsseldorf, München etc.). Die StV hat angekündigt, in Niedersachsen vor das Oberlandesgericht Braunschweig zu ziehen. Schon jetzt

wird jedoch deutlich, dass eine verbindliche höchstrichterliche Entscheidung unabdingbar sein wird – doch das kann Jahre dauern. Das Hauptaugenmerk darf deshalb nicht allein die juristische Auseinandersetzung sein. Vielmehr sind die Interessenverbände gefordert, politisch die von vielen Gerichten bereits als „missglückt“ bezeichneten gesetzlichen Grundlagen auf der Welt zu schaffen. Die Prozesse in den einzelnen Bundesländern zeigen immer wieder, dass es den Nachbauregelungen mit ihren gravierenden Eingriffen für jeden Landwirt in keiner Weise bedürft hätte, wenn es den Pflanzzüchtern lediglich um die Finanzierung der Verbesserung des Saatgutes ginge – es ist zu hoffen, dass die Braunschweiger Entscheidung die Partner des

Kooperationsabkommens wachrüttelt.

Bis zu einer endgültigen Klärung wird weiter jeder Landwirt entscheiden müssen, ob er den Kampf gegen die Nachbauregelungen z.B. in der Interessengemeinschaft unterstützt und möglicherweise eine rechtliche Auseinandersetzung riskiert oder Auskunft erteilt mit der Folge, dass die StV über die Daten verfügt. Das Braunschweiger Urteil verdeutlicht, dass zwei Landwirte Erfolg gehabt haben, die der StV und dem zwischen Deutschen Bauernverband und Pflanzzüchtern abgeschlossenen Kooperationsabkommen nicht vertraut haben. Es rechtfertigt damit das Bestehen der Interessengemeinschaft und ist gleichzeitig ein wichtiger Schritt im Kampf gegen den gläsernen Landwirt.

Dr. Matthias Miersch, Rechtsanwalt der bundesweiten Interessengemeinschaft gegen die Nachbauregelungen, Hannover

## WTO verurteilt USA

USA müssen versteckte Exportförderung abbauen. Kommt nun Bewegung in Handelsstreitigkeiten zwischen USA und EU?

Die von den USA gewährten Steuerrabatte für Exporte von US-amerikanischen Firmen verstoßen gegen die geltenden WTO-Regeln und müssen abgebaut werden. Ein entsprechender Schiedsspruch der Welthandelsorganisation (WTO) vom 24. Februar gab der klagenden EU damit Recht und bestätigte einen schon vor einem Jahr erfolgten Panalbeschluss der WTO.

Die USA gewähren Exportunternehmen (auch Agrarexporteurern) mit Niederlassungen in so genannten „Steueroasen“ wie den Virgin Islands, Barbados oder Guam einen Erlass der Gewinn-Steuern um 65 % sowie eine komplette Befreiung von der Besteuerung auf die an das Mutterhaus erstatteten Dividendenzahlungen. Die durch diese Praxis verursachten Wettbewerbsnachteile für ausländische Konkurrenten bezifferte der EU-Botschafter bei der WTO mit 3,5 Mrd. Dollar pro Jahr. Die US-Botschafterin nannte dagegen eine Summe von 1,4 Mrd. \$. Nach dem nun erfolgten WTO-Schiedsspruch müssen die USA ihr Steuersystem bis zum Oktober dieses Jahres ändern oder der klagenden EU für den Schaden eine Kompensation zahlen.

Noch halten sich die Sprecher von USA und EU mit Äußerungen zurück, ob diese Entscheidung Bewegung in die langjährigen Auseinandersetzungen zwischen USA und EU bezüglich der EU-Bananenmarktordnung und des EU-Importverbots für Fleisch von hormonbehandelten Rindern bringen werden. Wegen beider Regelungen hatten die USA die EU erfolgreich vor der WTO verklagt und wenden gegen die EU bereits Sanktionen in

Höhe von 307,8 Mio. \$ an.

### Neue Gespräche in Genf

Unterdessen haben in Genf die allgemeinen WTO-Beratungen im Rahmen der sogenannten „bulit-in“-Agenda über den Dienstleistungssektor begonnen. Über die Liberalisierung des Agrarhandels wird ab dem 20. März verhandelt. Der Staatssekretär im Bundeslandwirtschaftsministerium, Dr. Martin Wille, erwartet, dass die WTO-Verhandlungen keine reine Liberalisierungsrunde werden. Fragen des Umwelt-, Verbraucher- und Tierschutzes sowie der Sozialstandards stünden nach der gescheiterten WTO-Ministerkonferenz im US-amerikanischen Seattle ebenso auf der Tagesordnung wie die Sicherung der Welternährung. Wille wandte sich gegenüber dem „Husumer Kreis“ strikt dagegen, über die Abschaffung von EU-Exportsubventionen für Agrargüter nachzudenken. Der liberal-konservative Husumer Kreis hatte in einer Resolution die Aufgabe von Exportsubventionen gefordert.

Aus dem Scheitern von Seattle noch viel gelernt zu haben scheint der EU-Außenhandelskommissar Pascal Lamy. Anlässlich eines Aufenthaltes in Washington sagte er, dass ungeachtet aller berechtigten Forderungen nach Transparenz der WTO-Prozess auch in Zukunft eine gewisse Vertraulichkeit der Beratungen gewährleisten müsse. In Seattle hatten viele als Entwicklungsländer eingestufte Staaten dagegen protestiert, dass sie von geheim gehaltenen Verhandlungsrunden ausgeschlossen worden sind. uj



Die EU betont das besondere „Europäische Agrarmodell“, wenn sie über die WTO spricht. Das gelte es zu bewahren.

## Sorten-Schutz vor den Fragen der Treuhand

Gericht verneint allgemeinen Auskunftsanspruch im Streit um die Nachbaugebühren

Ausgerechnet in Niedersachsen, einem Bundesland, in dem Ackerbau, aber auch Pflanzenzüchtung eine erhebliche wirtschaftliche Rolle spielt, müssten die Züchter im Streit um die Nachbaugebühren gegenüber den Bäuerinnen und Bauern eine Schlappe einstecken. Das Landgericht Braunschweig urteilte in zwei Prozessen, die die Saatgut Treuhand Verwaltungs GmbH (STV) gegen Mitglieder der „Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugebühren und Nachbaugebühren“ führte, dass es für lediglich national geschützte Sorten keinen allgemeinen Auskunftsanspruch seitens der Sortenschutzinhaber gibt. Nur beim Nachbau von EU-Sorten sind Bäuerinnen und Bauern – so das Urteil – zur Auskunft verpflichtet.

Die Richter trennen damit die EU-Verordnung zum Nachbau vom deutschen Recht. In der EU-Verordnung ist ihrer Meinung nach eine Informationspflicht für „Nachbauer“ festgeschrieben worden, die aber von den deutschen Gesetzgebern sehr bewusst so weitreichend nicht übernommen wurde. In der Urteilsbegründung heißt es:

„Der Wortlaut von § 10a Abs. 6 SortenG – der nach den oben genannten EG-Verordnungen geschaffen wurde – knüpft bereits nach seinem Wortlaut die Auskunftspflicht an den tatsächlichen Nachbau. Es heißt dort: „...wer Gebrauch macht...“. Es ist dann über den Umfang Auskunft zu erteilen. Anders das EG-Recht, nach dem bereits über das „ob“ Auskunft zu erteilen ist, die dann im Falle der Verwendung ergänzt werden muss. ... Der Gesetzgeber hätte ohne weiteres den Wortlaut der EG-Vorschriften übernehmen oder den Weg einer (dynamischen) Verweisung wählen können.“

### Rechtsfragen offen

Auch die Braunschweiger Richter – wie bereits ihre Kollegen im noch laufenden Verfahren in Düsseldorf – sehen Parallelen zum gewerblichen Rechtsschutz, Urheber- und Wettbewerbsrecht, in dem es „anerkannt“ sei, „dass der Inhaber der Rechte eine Verletzung beweisen muss“. Also: solange der Pflanzenzüchter dem Bauern nicht beweist, dass dieser seine (national geschützte) Sorte nachbaut, hat er keinen Anspruch, auf Fragen Antworten zu bekommen!

Und selbst bei den EU-geschützten Sorten, über die nach Ansicht des Gerichts Auskunft gegeben werden muss, bleibt das Fragezeichen der ordnungsgemäßen Bevollmächtigung der STV durch die Sortenschutzinhaber. Mit diesem Aspekt setzen sich derzeit die Richter in den Verfahren in Düsseldorf und München stärker auseinander, sind doch die Nachweise der STV bei diversen Sorten nicht schlüssig. Dieser Umstand wie auch Ungeklärtheiten bezüglich des Zeitpunktes der Unterschutzstellung führen immer wieder dazu, dass die STV ihr Auskunftsersuchen für bestimmte

Sorten zurückzieht. Alles in allem hat sich nun nach der Braunschweiger Entscheidung, so Rolf Wilhelms, Patentanwalt für die Interessengemeinschaft, die Anzahl der Sorten, für die die STV einen Auskunftsanspruch erhebt, um 60-70% reduziert. Der Rechtsanwalt der Interessengemeinschaft, Matthias Miersch (s. Kommentar, S. 2), misst dem Braunschweiger Urteil zumindest mittelbar ebenfalls

bundesweite Bedeutung zu, wenn auch die Entscheidung zunächst – die STV hat natürlich Berufung angekün-



Noch vor der Frühjahrssaat gab es in Braunschweig ein interessantes Urteil. Züchter dürfen nur sehr beschränkt schnüffeln. Foto: Schielvelben

digt – nur niedersächsischen Bäuerinnen und Bauern den Rücken freihält.

### Bundesweite Bedeutung

Es gingen schließlich erhebliche politische Auswirkungen von der Entscheidung aus, so Miersch.

Der Druck auf den Deutschen Bauernverband (DBV) als Kooperationspartner der Pflanzenzüchter nimmt zu, fin-

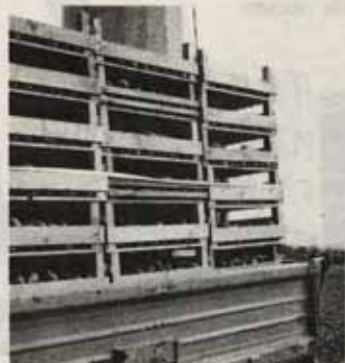
den doch in vielen Regionen derzeit Veranstaltungen zum Thema Nachbaugebühren statt, bei denen Verbandsvertretern vor Ort Unmut und Unverständnis von Bäuerinnen und Bauern entgegen schlägt. Nichtsdestotrotz wird das Kooperationsabkommen meist vehement verteidigt, z. B. vom stellvertretenden niedersächsischen Landvolkvorsitzenden Werner Hilse auf einer Veranstaltung in Hitzacker. Ganz anders gab sich dagegen der Verbandsvorsitzende des westfälischen Kreises Lage, Heinrich Kemper. Er äußerte die

Ansicht, der DBV solle sich überlegen, zur Interessengemeinschaft bzw. der AbL ins Boot zu steigen, um gemeinsam gegen die Nachbaugebühren zu rudern. Um auch die Spitze des DBV zu so einer Kahnpartie abzuholen, haben die Sprecher der Interessengemeinschaft beschlossen, das Gespräch mit Gerd Sonnleitner zu suchen (s. „Neues von der IG Nachbau“ auf S. 5). cs

## Bedeutung auf dem Acker

Die Rolle national geschützter Sorten – am Beispiel Kartoffeln

Welche Auswirkungen das Braunschweiger Urteil auf die Äcker trägt, ist entsprechend der Anbaubedeutung der jeweiligen Sorten innerhalb der einzelnen Kulturen zu bewerten. Dabei ist sicherlich wichtig, dass es – so die Aussage von Bundessorten-



Für die wichtigsten Kartoffelsorten besteht nur nationaler Sortenschutz und damit laut Landgericht Braunschweig keine Auskunftspflicht über den Nachbau. Foto: Jasper

amtsmitarbeiter Hans Walter Rutz – grundsätzlich für die Pflanzenzüchter nicht möglich ist, das einmal erteilte Schutzrecht (EU und nationales) nachträglich abzuändern.

Über die Anbaubedeutung bestimmter Kartoffelsorten z. B. lässt sich aus den Preismeldungen in den landwirtschaftlichen Wochenblättern eine Aussage treffen. Es ist davon auszugehen, dass die dort benannten Sorten in den jeweiligen Regionen so etwas wie „Leitsorten“ darstellen. Nun gibt es ausgerechnet bei Kartoffeln die Besonderheit, dass einige Sorten, denen noch eine relativ hohe Anbaubedeutung beigemessen wird, wie z.B. *Hansa* (in Niedersachsen), *Hela* (in Nds. und Westfalen), *Sieglinde* oder *Désirée* (beide Bayern) bereits so alt sind, dass der Sortenschutz abgelaufen ist. Daneben ist eine offensichtlich überall gefragte und angebaute Kartoffel die national geschützte *Cilena*. Im Norden spielen zudem *Linda* (national geschützt = D), *Solara* (EU-geschützt),

*Secura* (D) und *Marabel* (EU) größere Rollen. Im Westen liebt man auch *Linda*, *Solara*, und *Secura* sowie *Renate* (EU) und *Granola* (D). Überschreitet man dann den Knödeläquator und wirft einen Blick ins Bayerische Wochenblatt, so finden sich neben der begehrten *Cilena* sowie *Solara*, *Secura*, *Granola* noch *Nicola* (D), *Selma* (D), *Agria* (D), *Quarta* (D), *Aula* (D), *Karlina* (D), *Likaria* (D).

Zumindest derzeit noch spielen also national geschützte Kartoffelsorten offensichtlich die erste Geige im Sortenorchester. Nach Auskunft von Hans Walter Rutz geht allerdings die Tendenz der Züchter bereits seit einiger Zeit dahin, für neue Sorten EU-Schutz zu beantragen, so dass mit eventuell wachsender Anbaubedeutung neuerer Sorten der Anteil an EU-geschützten ansteigen würde.

Aber – dazu sollte es eigentlich nur kommen, wenn schließlich auch die Auskunftspflicht für EU-geschützte Sorten gekippt worden ist... cs

## Endlager-Suppe versalzen

Im jahrelangen Kampf gegen ein Atomüll-Endlager im Gorlebener Salzstock haben 900 Atomkraftgegner einen Etappensieg errungen. Das Lüneburger Verwaltungsgericht gab der Klage ihrer Firma „Salinas Salz-gut GmbH“ statt, die im Einvernehmen mit dem Grundeigentümer Graf Bernstorff im Salzstock Salz fördern will. Nach dem Urteil hat jetzt Bernstorffs Eigentümer-Nutzung einen Vorrang vor den Erkundungsbohrungen des Bundes für die Endlagerung von Atomüll. Genau das war das Ziel von Salinas: dem Bund und seinen beauftragten Firmen „die Suppe zu versalzen“. en

## Trittin will TPT-Verbot

Bundesumweltminister Trittin will laut dpa bei der EU-Kommission das Verbot von Pflanzenschutzmitteln beantragen, die Triphenylzinn (TPT) enthalten. Der verwandte Stoff Tributylzinn (TBT), der u.a. in Schiffsanstrichen und Textilien (Trikot) enthalten ist und jüngst auch in Fischen und in Klärschlamm gefunden wurde, führte bereits in Konzentrationen von Milliardenstel Gramm pro Liter zu besorgniserregenden Folgen: Die hormonartige Wirkung führte laut Umweltbundesamt zu Mißbildungen und Störungen der Fortpflanzung bei Meeresschnecken („Vermännlichung“) sowie zu Veränderungen menschlicher Enzyme, die für die Bildung weiblicher Geschlechtshormone verantwortlich sind. TPT ist im Fungizid „Brestan flüssig“ von Aventis gegen Kartoffelkrautfäule zugelassen (wegen der Schädwirkung auf Bodenorganismen ohnehin auf eine Anwendung pro Vegetationsperiode begrenzt). Die verwandten Zinnverbindungen Azocyclotin und Fenbutatinoxid werden als Akarizide verwendet: „Peropal“ (Bayer) und „Torque“ (Shell Agrar bzw. Cyanamid) können gegen Spinnmilben in Stangenbohnen bzw. in Obst- und Zierpflanzenkulturen eingesetzt werden. gf

## PAN fordert mehr als nationales TPT-Verbot

Das „Pestizid Aktions-Netzwerk“ (PAN Germany) hat die politisch Verantwortlichen aufgefordert, nicht nur an einem schnellen Verbot des Pestizids Tributylzinn (TPT) auf nationaler Ebene zu arbeiten. Das wäre zwar eine wichtige nationale Lösung der mit TPT verbundenen ökotoxikologischen Probleme. „Das greift jedoch viel zu kurz“, warnt Carina Weber von PAN Germany. Bereits in den 90er Jahren seien in den Philippinen Frauen im Reis-anbau durch das auch als „Brestan“ bekannte TPT vergiftet worden. PAN fordert deshalb eine „internationale Alarmierung aller Regierungen vor der Brestan-Gefahr“. Brestan wird in Entwicklungsländern z.B. bei der Produktion von Reis, Erdnüssen oder Kartoffeln verwendet. Die genannten Brestan-Vergiftungen auf den Philippinen wurden durch den massiven Einsatz des Giftes gegen eine erst vor einigen Jahren eingeschleppte Schneckenart verursacht. Diese Schneckenart wurde eingeführt, um sie für den Verzehr in Restaurants zu züchten. Einige sind den Gehäusen entwischt und wurden in den Reisfeldern des Landes zum Schädling Nr. 1. pm

## Schwedische Umfrage: Bauern wollen keine Gentechnik

Eine Meinungsumfrage unter schwedischen Landwirten hat jüngst ergeben, dass nur 12 % der befragten Bauern gentechnisch veränderte Pflanzen anbauen würden, während 77 % das ablehnten. 10 % waren unentschieden, wie das schwedische Agrarblatt ATL Anfang Februar berichtete. Im Vergleich zu einer Umfrage ein Jahr zuvor ist die Ablehnung gewachsen (von 70 auf 77 %) und die Offenheit gegenüber der Gentechnik gesunken (von 19 auf 12 %). Die jüngste Umfrage ergab regionale Unterschiede in der Haltung der Bauern zur Gentechnik: In den Gunstlagen Südschwedens ist die Bereitschaft zum Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen höher als im Norden. pm

## No Gentech-Potatoes

Die Anbauflächen für transgene Karoffeln gehen laut Ernährungsdienst in den USA zurück. Die Verarbeiter, an die 80 % der Produktion gehen, verlangen mit Rücksicht auf die Verbraucherwünsche gentechnikfreie Ware, z.B. Fast-Food-Ketten. en

KURZES AM RANDE

## Schweinehalter demonstrieren

Bauern äußern Unmut über Tiefpreise vor der Metro AG in Düsseldorf

Die Schweinepreise sind seit anderthalb Jahren im Keller. 2,10 DM je kg Schlachtgewicht wurden 1999 gezahlt statt der 2,70 DM, die laut ISN mindestens nötig sind, um alle Produktionskosten zu decken. Das bedeutet bundesweit einen Verlust von 2,5 Mrd DM für die Bauern nach Hochrechnung der ISN. Ein betroffener Landwirt drückt es drastischer aus: Eigentlich zahle er derzeit Eintritt, wenn er den Stall betrete. Dabei liegt die Selbstversorgungsrate mit Schweinefleisch in Deutschland nur bei 80 %. Aber Dänen und Niederländer produzieren drei bis sechsmal soviel, wie sie selber ver-

Preisdumping, aber die ISN gibt zu bedenken, dass die hohen Fleischstandards in Deutschland unter Verzicht auf Hormoneinsatz, Bestrahlung und Gentechnik sowie mit Anforderungen an Tier- und Umweltschutz nicht zum Nulltarif zu haben sind. Sollte die deutsche Schweinefleischproduktion im Preiskampf aufgegeben werden, würde der Verbraucher nur noch Hormonfleisch aus den USA in den Regalen finden, so die düstere Prognose der ISN.

In einer schriftlichen Resolution, die an die Metro AG in Düsseldorf – stellvertretend für den gesamten Lebensmitteleinzelhandel – im Rahmen der Protestaktion am 22. Februar übergeben worden ist, fordert die ISN den Handel auf, sich freiwillig einer Selbstverpflichtung zu bestimmten Qualitäts- und Umweltstandards zu unterziehen und den Landwirten wieder angemessene Preise zu zahlen. Die Prokuristen der Metro AG zeigten sich verständnisvoll für die Nöte der Bauern, gaben aber zu bedenken, dass sie als Handelsunternehmen ebenfalls dem Druck des Marktes ausgesetzt sind.

Anfang März wollen sie sich mit Vertretern der ISN an einen Tisch setzen. Welche konkreten Maßnahmen dabei zur Diskussion stehen könnten, davon hatten die Metro-Leute jedoch noch keine Vorstellung. Der ISN schwebt als Lösungsbeispiel ein Gesetzesentwurf aus Frankreich vor, der faire Beziehungen zwischen Landwirtschaft und Einzelhandel garantieren soll.

Die Bauern zeigten sich mit der Demonstration zufrieden. Hatten sie doch ihren Unmut vor den Kameras der zahlreich vertretenen Medien kundgetan. Und wenn sich nichts ändere, dann werde man eben noch zahlreicher wiederkommen, so ein Zwischenrufer. Abschließend wurde unter großem Quarm ein Schwein verbrannt – selbstverständlich kein echtes, sondern aus Stroh gebastelt, denn es war ja ein deutscher Bauernprotest.

twf



Kein Schwein hatte dieses Schwein – es wurde abgefackelt.

brauchen, und drängen damit auf den Markt. Der Export nach Rußland, auf den die Bauern gesetzt hatten, ist dagegen zusammengebrochen. Und nicht zu vergessen liefern sich die Handelsgiganten in Deutschland zur Zeit eine erbitterte Verdrängungsschlacht mit Dauertiefpreisen im Lebensmittelbereich. So kostet Schweinefleisch weniger als Hundefutter.

Noch profitieren die Verbraucher von diesem



250 Bauern hat die Interessengemeinschaft der Schweinehalter Nord-Westdeutschland (ISN) zu einer Demonstration am 22. Feb. vor der Metro AG in Düsseldorf aktiviert. Den Vertretern des Handels wurde eine Resolution übergeben. Gespräche sollen folgen. Fotos: Erdmanski-Sasse

## Gentechnik erhält Dämpfer

Bundesregierung verschiebt Anbau-Genehmigung für Bt-Mais

Der Anbau der gentechnisch veränderten Mais-Sorte „Bt-Mais 176“ der Firma Novartis in Deutschland ist vorerst gestoppt. Nach tagelangen Gesprächen mit dem Bundeslandwirtschafts- und dem Bundesgesundheitsministerium gab Bundesgesundheitsministerin Andrea Fischer am 16. Februar die Entscheidung bekannt. Sie hat das zuständige Robert-Koch-Institut, Berlin, angewiesen, den vor drei Jahren gestellten Zulassungs-Antrag der Firma Novartis nicht zu genehmigen. Der Genehmigungsantrag ist aber nicht abgelehnt, sondern aufgeschoben worden. Ministerin Fischer sagte, der Anbaustopp zeige die Entschlossenheit der Regierung, in Sachen Gentechnik „den Verbraucherschutz und den vorbeugenden Gesundheitsschutz sehr hoch anzusiedeln“.

Der Bt-Mais trägt ein Gen, das den Mais gegen den in Süddeutschland verbreiteten Schädling Maiszünsler resistent machen soll. Nach Angaben Fischers könnte sich die gentechnische Veränderung allerdings auch auf die Antibiotikaresistenz beim Menschen auswirken. Zudem seien Organismen wie Flurfliegen gefährdet. Die Entscheidung sei im Einvernehmen mit den Ministerien für Landwirtschaft und Umwelt getroffen worden. Die Aussaat des Mais sei nun bis zu einer ab-

schließenden Entscheidung der EU-Kommission gestoppt worden, so Ministerin Fischer.

### Reaktionen

Der DBV-Präsident Gerd Sonnleitner kritisierte die Entscheidung und bezeichnete sie als „Verhinderungstaktik“. Sonnleitner sagte, es müsse in die Diskussion über Gentechnik im Pflanzenbau „endlich mehr Sachlichkeit einkehren“.

Der agrarpolitische Sprecher des BUND, Prof. Hubert Weiger, warnte die Befürworter des Genmais: „Der Bt-Mais ist nicht nur eine Gefahr für die Umwelt, er ist auch eine Mogelpackung für die Bauern. Für die Landwirte rechnet sich Bt-Mais nicht, da der breite Einsatz dazu führen wird, dass sich die Schädlinge an

den Giftstoff anpassen. Zudem sind auch die behaupteten Einsparungen an Insektiziden zweifelhaft, denn der Maiszünsler ist nicht der einzige Maisschädling. Wenn beispielsweise wie in Baden-Württemberg neben dem Maiszünsler die Fritfliege auftritt, müssen trotz Bt-Resistenz auf den Maisfeldern zusätzlich noch Insektizide eingesetzt werden. So wird die Umwelt doppelt geschädigt“, so Weiger. Greenpeace begrüßte die „Notbremse“ der Bundesregierung. „Wir hoffen, dass das Beispiel des Gen-Maises Schule macht“. Die Agrarexpertin der Grünen, Ulrike Höfken, hat sich dafür ausgesprochen, alle bisherigen Genehmigungen nun noch einmal „im Lichte der aktuellen Forschungsergebnisse“ zu überprüfen. *uj*

### 38% falsch gebeizt

Etwa 38 Prozent aller Partien bei Z-Saatgut sind falsch gebeizt. Das ergab eine Untersuchung des Gemeinschaftsfonds Saatgetreide, die bei 1.000 Proben bei Winterweizen und Wintergerste den Auftrag von Beiz-Fungiziden auf das Getreidesaatgut überprüfte. Mehr als ein Drittel der Proben unterschritten selbst den Wert von 80 Prozent Beizgrad, und weitere 4 Prozent waren um mehr als 20 Prozent überbeizt. „Profitabel“ – so überschreibt denn auch der „Ernährungsdienst“ einen Kommentar, in dem darüber berichtet wird, daß die Beizstationen keine Investitionen in innovative Beiztechnik tätigen und stattdessen mit längst abgeschriebenen Geräten arbeiten. Daß es sich aber bei den schlechten Beizergebnissen (mit eindeutiger Schlagsseite zur Unterdosierung) um keinen Zufall, sondern um Korrekturen des Zufalls („corrigir la fortune“) handelt, stellt ein Bauer in einem Leserbrief des „Ernährungsdienst“ fest: Schließlich handele es sich um „Einsparungen“ der Verkaufsfirmen von bis zu 7 DM/dt... *en*

## Neues von der IG Nachbau

Neben den Beschlüssen, Gespräche mit der DBV-Spitze, mit Bundestags- und EU-Parlamentariern und dem Bundeskartellamt zu führen, sowie einen Vertreter zu einem von der CPE organisierten internationalen Treffen von Nachbau-

widerständlern am 23. März in Paris zu entsenden, wurde auf dem Sprechertreffen auch festgelegt, dass die Interessengemeinschaft ihren Widerstand gegen die Nachbaugebühren aufrechterhalten will. Deshalb werden alle Mitglieder, die bereits 12 Monate dabei sind, aufgefordert werden, den Beitrag für das kommende Jahr zu entrichten. Wie bisher werden damit Musterprozesse in allen Bundesländern geführt. Bezüglich der Prozesskosten übriger Verfahren einzelner Mitglieder ist der Hinweis eines Sprechers wichtig, dass etliche Rechtsschutzversicherungen die erstinstanzliche Auseinandersetzung übernehmen.

### Post an Funke

Anfang Februar hat Landwirtschaftsminister Karl-Heinz Funke Post von der Interessengemeinschaft erhalten, in der er aufgefordert wird, konkrete Angaben zur Nachbaugebührenhöhe bei nicht nach dem Kooperationsverfahren veranlagten Bäuerinnen und Bauern zu machen. Hier bestehen diverse Unsicherheiten aufgrund der Variation der Z-Lizenzgebühren, an denen sich wiederum die Nachbaugebühren orientieren sollen. Wie kreativ der Widerstand der Bäuerinnen und Bauern gegen die Nachbaugebühren ist, zeigt auch folgendes Beispiel: Ein Bauer erklärte dem Bauernverbandsvertreter vor Ort, er werde den Verbandsbeitrag um 200 DM (sein Beitrag für die Interessengemeinschaft) kürzen, da der Verband nichts unternehme – und tatsächlich buchte der Verband ihm anstandslos 200 DM weniger vom Konto ab... *cs*



„Wenn der nächste Castor nach Gorleben rollt, hole ich meinen Trecker aus der Scheune und bin bei der Blockade wieder dabei. Was ich von der Polizei hatte? Sie holt die Atomindustrie, greift die Atomgegner an und schädigt das Lebenserhaltende.“



## Zwei echte Helden

Die beiden Bauern und langjährigen Abt-Mitglieder Adi Lambke (l.) und Günther Graf von Finkenstein (r.) sind vom Greenpeace-Magazin zu zwei von „100 Helden“ ernannt worden. Die Helden gäben „ein Beispiel für die Macht der Mutigen – Tatendurstige, die im nächsten Jahrhundert einen bewohnbaren Planeten für alle schaffen wollen“. Adi Lambke ist bundesweit bekannt geworden durch seinen auch körperlichen Einsatz im wendländischen Widerstand gegen die Atomenergienutzung. Derzeit kämpft er als Sprecher

der Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugebühren und Nachbaugesetze vor allem für die Unabhängigkeit der Landwirte von den Saatgutkonzernen. Graf von Finkenstein ist bekannt für sein engagiertes Eintreten für bäuerliche Werte, die er bereits auf verschiedenen Demeter-Betrieben umgesetzt hat. Im letzten Jahrzehnt hat er in einer großen Gemeinschaft das brandenburgische „Okodorf Brodowin“ mit aufgebaut. Inzwischen wartet aber schon das nächste Projekt auf ihn – diesmal in Polen.

**Gegen**  
Nachbau-Gebühren

## Nachhaltigkeitsdebatte aufgenommen

Acht Jahre nach Rio richtet auch Deutschland einen Rat für Nachhaltigkeit ein. Er soll eine langfristige Strategie entwickeln und Projekte anstoßen. Ziel ist ein Fortschrittsmodell für die Gesellschaft, das in seiner Verbindung von Ökologie, Sozialem und Ökonomie über den Umweltschutz hinausgeht. Anders als die beiden Umwelträte soll sich der neue aus allen gesellschaftlichen Gruppen zusammensetzen, nicht nur der Wissenschaft.

Auch in Landwirtschaftskreisen beginnt die Debatte. Der DBV stellt sein Grünbuch auf einem Workshop Ende März vor. Das BML hat seine Strategie ins Internet gestellt. Sie betont die Bedeutung für die Entwicklung ländlicher Räume sowie das europäische Landwirtschaftsmodell. Förderung des Öko-Landbaus ist ein weiteres Projekt. Diesen möchte das BML deutlich ausdehnen. Neben verstärkten Fördermöglichkeiten soll ein neues Forschungsinstitut des BML Impulse geben. Diese werden dann hoffentlich von Verbrauchern und Wirtschaft aufgegriffen. we

## Tierschutz ins Grundgesetz

Die Bundestagsfraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP haben einen gemeinsamen Gesetzentwurf zur Verankerung des Tierschutzes im Grundgesetz eingebracht, der auch von der PDS unterstützt wird. Über den Antrag soll Mitte April im Bundestag abgestimmt werden, wie Ulrike Höfken, agrarpolitische Sprecherin der Grünen-Fraktion mitteilte. Der Tierschutz soll in folgendem Wortlaut in den bestehenden § 20a GG aufgenommen werden: „Der Staat schützt auch in Verantwortung für die künftigen Generationen die natürlichen Lebensgrundlagen und die Tiere...“. Inzwischen bestehe auch ein wenig Hoffnung, dass sich die CDU in dieser Frage doch noch bewege, so Höfken. Die CDU-Generalsekretärin Angela Merkel habe sich dahingehend geäußert, dass man über das Anliegen noch einmal nachdenken wolle. Auf dem nächsten Parteitag der CDU am 10./11. April soll eine endgültige Entscheidung fallen. pm

## Telefon-Hotline für Bäuerinnen

Die erste „Telefon-Hotline für Frauen in der Landwirtschaft“ ist am 18. Februar von der nordrhein-westfälischen Umwelt- und Landwirtschaftsministerin Bärbel Höhn eröffnet worden. Frauen, die Rat in persönlichen oder beruflichen Fragen suchen, können sich im Rheinland nun an das Landfrauen-Telefon wenden. Unter der Rufnummer 02162-355977 stehen jeden Mittwoch von 9 – 13.00 Uhr insgesamt 11 besonders geschulte Landfrauen als soziale Ansprechpartnerinnen bereit. „Im landwirtschaftlichen Familienbetrieb sind persönliche und betriebliche Probleme oft sehr eng miteinander verflochten. Deshalb ist es besonders wichtig, dass sich Frauen an Frauen wenden können, die ihre besonderen Lebens- und Arbeitsbedingungen aus eigener Erfahrung kennen“, betonte Ministerin Höhn. Betrieben wird das Telefon von der Rheinischen Landfrauen-Vereinigung mit Unterstützung der Landwirtschaftskammer. pm



## FFH-Meldung in die Endrunde

Beteiligung der Landwirtschaft in den Ländern sehr unterschiedlich

Sieben Bundesländer haben inzwischen endgültige Gebietslisten vorgelegt. Die Neuen Länder wollen ihre Meldeverfahren im März 2000 abgeschlossen haben. In den Alten Ländern gibt es erst in Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Hamburg und Berlin komplette Listen. Bayern hat das Beteiligungsverfahren für die abschließende zweite Tranche eröffnet. Nordrhein-Westfalen wird für die Zusammenarbeit mit der Landwirtschaft sehr gelobt, hat sich aber auch viel Zeit genommen. Nun drängt Brüssel, denn Deutschland ist europaweit Schlusslicht bei der Umsetzung von FFH\*.

### Verhandlungsspielräume

Grundsätzlich sieht die FFH-Richtlinie weder Beteiligung noch Abwägung vor. Allein naturschutzfachliche Kriterien sind bei der Gebietswahl entscheidend. In der Praxis ist jedoch deutlich geworden, dass bei landwirtschaftlichen Flächen durchaus Verhandlungsspielraum besteht. Handelt es sich doch meist um Abwindungs- bzw. Pufferflächen. Nach den heftigen Protesten gegen FFH haben die Länder einen Informations- und Beteiligungsprozess gestartet.

### FFH-Barometer März 2000

10 %	Europäische Union
25 %	Dänemark
3 %	Deutschland
8 %	Neue Länder
6 %	Alte Länder
10 %	Forderung Naturschutz

### Lob für Nordrhein-Westfalen

Zufrieden zeigt sich der Landwirtschaftsverband mit dem Verfahren in Nordrhein-Westfalen. Zu den Gebieten wurden Arbeitsgemeinschaften mit betroffenen Landwirten eingerichtet und anderthalb Jahre fachliche Erörterungen durchgeführt. Ziel ist, die FFH-Meldung im Konsens vorzunehmen.

Die Arbeitsgemeinschaften haben Rahmenvereinbarungen zu den rechtlichen Folgen erstellt. Vereinbarung ist z.B. ein gestuftes Schutzkonzept mit Naturschutzgebietsverordnung in der Kernzone und Vertragsnaturschutz am Rand. Desweiteren werden Tatbestände festgelegt, z. B. Baumaßnahmen, für die keine Verträglichkeitsprüfung nach FFH erforderlich ist.

Anders als in Nordrhein-Westfalen hat in den meisten Ländern lediglich eine förmliche Beteiligung der Landwirtschaft auf Verbandsebene stattgefunden.

### Erwartungen in Bayern

Bayern hat soeben sein sog. Dialogverfahren gestartet. Drei Monate lang liegen FFH-Karten in den Gemeinden aus und Betroffene können Stellungnahmen schriftlich einreichen. Für Information stehen die unteren Naturschutzbehörden zur Verfügung.

Wieweit es den Landwirten in Bayern möglich sein wird, FFH-Gebiete zu beeinflussen, muss abgewartet werden. Noch mag der Bauernverband nicht von einem Erfolg sprechen. Erreicht wurde jedoch, dass die Vertragsflächen im bayerischen Biotopverbund nicht in FFH einbezogen werden, also Vertrauensschutz genießen. Bayern setzt damit bewußt auf den eigenen Weg im Naturschutz.

### FFH geht weiter

Mit der Meldung der Gebiete kann aber noch kein Schlussstrich unter FFH gezogen werden. Die EU hat eine sechsjährige Frist zur Umsetzung der Schutzziele gesetzt und wird dann Rechenschaft verlangen. Die Wahl der Maßnahmen fällt dabei den Bundesländern zu. Diese wollen keine massive Ausweisung neuer Naturschutzgebiete betreiben, sondern dem Vertragsnaturschutz Vorrang gewähren.

FFH-Gebiete unterliegen gemäß EU-Richtlinie einem generellen Verschlechterungsverbot. Vorhandene landwirtschaftliche Nutzung genießt Bestandsschutz. Schwierigkeiten sind erst bei Nutzungsänderungen mit erheblichen Eingriffen wie Grünlandumbruch oder Baumaßnahmen zu erwarten. Dadurch werden den Entwicklungsmöglichkeiten der Betriebe in FFH-Gebieten Beschränkungen auferlegt. Demgegenüber steht die finanzielle Förderung des Vertragsnaturschutzes. So muss jeder Landwirt den eigenen Standpunkt bei FFH ermitteln.

### Fiecher, Flanzen, Heimat

- so übersetzt man FFH in Brandenburg -

Die Arbeitsgemeinschaften in den nordrhein-westfälischen Schutzgebieten wollen auch nach erfolgter Meldung aktiv bleiben und die weitere Entwicklung begleiten. Denn diese wird vor Ort stattfinden und nicht im entfernten Brüssel. Und vor Ort - so das positive Fazit aus Nordrhein-Westfalen - läßt sich besser verhandeln. we

\*siehe den Bericht in der Bauernstimme 7-8/98 [www.bayern.de/stmlu/natur/ffh/index.htm](http://www.bayern.de/stmlu/natur/ffh/index.htm) bietet die FFH-Karten von Bayern.

## Funke bleibt, Agrardiesel kommt

Ab 2001 wird es einen speziellen Mineralölsteuersatz auf Agrardiesel von 57 Pfennig pro Liter geben

Das Agrarmagazin „top agrar“ sah Minister Funke schon zurücktreten, wenn er es nicht schaffen sollte, den von ihm angekündigten Agrardiesel gegen Bundesfinanzminister Eichel durchzusetzen. „Der Spiegel“ wollte erfahren haben, dass Minister Funke dem Kanzler Schröder mit Rücktritt gedroht habe. Dann kam die Meldung aus Berlin, der Agrardiesel sei durch. Funke bleibt also.

Am 24. Februar hat der Bundestag beschlossen, ab dem 1.1.2001 einen gesonderten Mineralölsteuersatz von 57 Pf/l für in der Land- und Forstwirtschaft verwendeten Agrardiesel einzuführen und damit die bisherige Regelung der so genannten Gasölbeihilfe (Rückerstattung eines Teils der Mineralölsteuern) zu ersetzen.

Durch den verbilligten Steuersatz auf Agrardiesel entstehen dem Bundesfinanzminister Mindereinnahmen, die für das Jahr 2001 auf 460 Mio. DM, für das Jahr 2002 auf 580 Mio. DM und für das Jahr 2003 auf 700 Mio. DM geschätzt werden. Zugrundegelegt wird dabei ein Gesamtdieserverbrauch in der deutschen Landwirtschaft von 2 Mrd. l. Der Anstieg der Steuerausfälle errechnet sich aus dem Ausgleich der jährlich um 6 Pf/l steigenden Ökosteuer. Mit den 700 Mio. in 2003 bleibt die „Entlastung“ durch den Agrardiesel unter der Belastung der Landwirtschaft durch die Ökosteuerreform, die die Bundesregierung selbst mit 900 Mio. DM beziffert.

Minister Funke räumte diese Differenz ein, doch sei die Einführung eines eigenen Steuersatzes für Agrardiesel nun eine hilfreiche Vorarbeit für die zu erwartende EU-weite Harmonisierung der Mineralölbesteuerung. Die EU-Kommission hat dazu bereits einen Vorschlag vorgelegt.

### Systembruch

Die Steuerentlastung über den Agrardiesel wird von der Bundesregierung so dargestellt, dass damit die Netto-Belastung der Landwirtschaft aus der Ökosteuer zu einem Großteil ausgeglichen werden soll. Damit wird von dem eigentlichen System der Ökosteuer abgewichen. Nach dem von den Berliner Koalitionsparteien immer wieder betonten Prinzip der Ökosteuer soll bekanntlich der Verbrauch fossiler Energieträger verteuert werden, um mit den Mehreinnahmen Arbeitskosten zu senken. Übertragen auf die Verhältnisse in der Landwirtschaft hätte die Anwendung dieses Prinzips bedeutet, die Belastung aus der Ökosteuer durch Entlastung im Agrarsozialbereich auszugleichen. Besonders angesichts der im Rahmen des Sparpaketes erfolgten Kürzungen bei der landwirtschaftlichen Alters-

kasse, Krankenkasse und Unfallversicherung wurde dieses von der AbL wie auch von einigen süddeutschen Bauernverbänden gefordert. Eine Entlastung über diesen Weg hätte die von den Kürzungen besonders betroffenen kleineren und einkommensschwächeren Betriebe unterstützt. Dagegen stand aber nach Aussagen des Staatssekretärs im Bundesministerium, Dr. Wille, der Druck aus den nord- und ostdeutschen Ländern für eine Entlastung über den Agrardiesel.

### Mittelumschichtung

Die in der mittelfristigen Haushaltsplanung des Bundes für die (wegfallende) Gasölbeihilfe angesetzten 375 Mio. DM sollen zur Aufstockung der Mittel für die agrarsoziale Sicherung und die Gemeinschaftsaufgabe „zur Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ eingesetzt werden – das jedoch aus haushaltstechnischen Gründen, wie es heißt, erst ein Jahr später: ab 1.1.2002. Über die konkrete Verteilung der Mittel auf die beiden Bereiche ist noch nicht entschieden – darüber wird in den nächsten Monaten noch heiß diskutiert und womöglich erst gegen Ende des Jahres entschieden werden.

Laut Bundestagsbeschluss ist eine Verwendung dieser Gelder Agrarsozialbereich an eine Reform des Agrarsozialsystems geknüpft, zu der die Träger der landwirtschaftlichen Sozialversicherungen bis zum Ende dieses Jahres ein Reformkonzept vorlegen müssen. Im Bereich der Gemeinschaftsaufgabe sind die Mittel einzusetzen, „um Maßnahmen im Bereich Umwelt- und Naturschutz auszubauen“, so der Bundestag-Beschluss.

### Vorteil ab 17.650 Litern

Die neue Regelung bringt für Betriebe mit einem jährlichen Dieserverbrauch von über 17.650 Litern Vorteile gegenüber der derzeit gültigen Regelung. Zur Zeit werden auf den Liter normalen Diesel 62 Pf Mineralölsteuer und 12 Pf Ökosteuer gezahlt. Über die Steuerrückerstattung erhält der Landwirt in diesem Jahr 30 Pf/l auf Antrag zurück erstattet. Dabei besteht eine absolute Obergrenze von 3.000 DM/Betrieb, was 10.000 l Kraftstoff oder – laut Bundesministerium – im Durchschnitt 97 ha Betriebsfläche entspricht. Betriebe mit darüberhinausgehendem Dieserverbrauch bekommen also maximal 3.000 DM rückerstattet. Das hatte die Bundesregierung im letzten Jahr beschlossen. Diese Obergrenze wird in der neuen Regelung (ab 2001) wegfallen.

Der neue Steuersatz auf Agrardiesel bedeutet für Betriebe, die unter der Obergrenze von 3.000 Rückerstattung pro Jahr

bleiben, eine Steuererhöhung um 13 Pf/l gegenüber der jetzigen Regelung. Hingegen ergibt sich für Betriebe, die über der 3.000-Mark-Obergrenze liegen, ein günstigeres Bild. Ab einem Dieserverbrauch von als 17.650 Litern im Jahr ergeben sich Vorteile gegenüber der 2000er Regelung.

uj

Das Trommeln des DBVs für den Agrardiesel – hier auf der Demo in Berlin am 26.10.99 – war erfolgreich.



## Geld für neuen Vorruhestand?

Der DBV fordert seit Monaten von der Bundesregierung die Einführung einer Vorruhestandsregelung, einer Art Frührente für Landwirte, die „so-wieso schon“ ans Aussteigen denken, aber noch zu jung für die reguläre Rente sind. Die Bundesregierung solle dafür Mittel bereitstellen und somit von der EU bereitgestellte Kofinanzierungsmittel für eine solche Vorruhestandsregelung abrufen. Der DBV-Landesverband aus Westfalen-Lippe hat die Forderung erhoben, die ab dem Jahr 2002 frei werdenden Mittel aus der Gasölbeihilfe müssten bereits im Jahr 2001 bereitgestellt werden; „auf jeden Fall ist eine Vorruhestandsregelung einzuführen“, so der Vorsitzende Franz Möllers. In Berlin ist zu hören, dass das Bundeslandwirtschaftsministerium ebenfalls über eine derartige Verwendung der umzuschichtenden Mittel nachdenke.

Nach Auskunft der agrarpolitischen Sprecherin der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen, Ulrike Höfken, steht das Geld jedoch für eine Vorruhestandsregelung „nicht zur Verfügung“ – sie verweist auf oben genannten Bundestagsbeschluss. Ohnehin sei das Volumen der Mittel zu gering, wenngleich eine Vorruhestandsregelung grundsätzlich zu befürworten sei. Doch dürfe damit nicht das strukturpolitische Signal auf Ausstieg gestellt werden. Diskutieren könne man über eine Vorruhestandsregelung im Rahmen einer doch noch einzuführenden Modulation, wie sie die Agenda 2000 vorsieht (und in Frankreich durchgeführt werden soll – siehe Beitrag auf Seite 14). Unter Modulation versteht die Agenda 2000, dass die Auszahlung von EU-Ausgleichszahlungen bei Nicht-Einhaltung von national festzulegenden Kriterien wie Beschäftigung und Umweltschutz pro Betrieb um bis zu 20 % gekürzt werden können. Nur über eine solche Modulation, so Höfken, seien genügend Mittel für eine Vorruhestandsregelung freizuschöpfeln. Doch eine solche Modulation ist bislang mit Funkes Ministerium nicht zu machen. uj

## Unilever und BST-freie Milch?

Der amerikanische Eisherstellender Ben&Jerry's aus Vermont hat vom Nahrungsmittelkonzern Unilever ein Übernahmeangebot erhalten. Bisher war die Eis-Firma nach Angaben der Zeitschrift Ökotec nicht nur für ihr soziales Engagement bekannt (7 % des Bruttogewinns werden für wohltätige Zwecke gespendet). Für ihr Eis verwendet die Firma Ben&Jerry's nur hormonfrei erzeugte Milch von Farmen aus der Region und zahlt dafür Erzeugerpreise, die deutlich über dem Durchschnitt liegen (in USA ist das Rinderwachstumshormon BST zugelassen). Die Belegschaft des Unternehmens und der Gouverneur von Vermont äußerten sich besorgt über das Angebot von Unilever. Man bezweifelt, dass ein neuer Eigner das Unternehmenskonzept weiterführen würde. en

## Luxemburgs neue Milchquotenregelung

Auch in Luxemburg wird es ab dem 1. April 2000 eine neue Milch-Quotenregelung geben. Ein Entwurf für diese neue Regelung liegt nun vor.

Wie der Freie Luxemburger Bauernverband meldet, sollen demnach Quoten zukünftig – ähnlich wie in Deutschland – nur noch verkauft und nicht mehr verpachtet werden können, allerdings nicht über eine Börse, sondern direkt von Milcherzeuger zu Milcherzeuger. Die Flächenbindung der Quoten entfällt auch in Luxemburg. Bei Quotenübertragungen während der ersten beiden Quotenjahre (4/2000 – 3/2002) soll ein genereller unentgeltlicher Abzug in Höhe von 10 % der Übertragungsmenge zugunsten der nationalen Quoten-Reserve erfolgen. Ab dem Quotenjahr 2002/03 soll der Abzug 15 % betragen. Die Quoten der nationalen Reserve sollen kostenlos an bestimmte Betriebe zugeteilt werden: Junglandwirte (pauschal 23.800 kg) und Betriebe, die durch Quotenkürzungen der letzten Jahre unter ihre Referenzmenge von 1983 gekommen sind (eine zwischenzeitliche Quotenaufstockung durch Pacht oder Pool-Zuteilungen soll hierbei nicht mitgerechnet werden). uj

## Aldi in Österreich mit Ökomilch

Die österreichische Aldi-Tochterfirma Hofer bietet testweise in ihren Filialen in Wien, Oberösterreich und Burgenland Öko-Frischmilch an. Wie die Lebensmittelzeitung meldet, wird die Milch von der Obersteirischen Molkerei, Knittfeld, geliefert, die über eine jährliche Anlieferungsmenge von 114 Mio. kg Milch verfügt, davon rund 10 % Biomilch. en

## Kuh-Beleuchtung

Mit Licht will man in den USA die Milchleistung der Kühe steigern. Gemeint sind aber nicht etwa Weidegang und offene Ställe, sondern Beleuchtungsprogramme nach dem Vorbild des Geflügelsektors. Bis zu 16 Stunden will man die Kühe bestrahlen und erwartet davon Leistungssteigerungen von 5 bis 16 Prozent. Beeinflusst werden aber auch andere Größen: so tritt laut top agrar die Geschlechtsreife der Jungrinder früher ein, das Haarkleid ähnelt auch im Winter dem kürzeren Sommerfell. Auch die Auswirkungen auf den Energieaufwand zur Erhaltung der Körpertemperatur sind noch unklar. Eine Dunkelphase von 6 Stunden will man den Kühen belassen, weil sonst die Tiere ihren Tagesrhythmus verlieren und somit durch die verlängerte Beleuchtung nicht mehr hormonal stimuliert würden... en

KURZES AM RANDE

# Bauern gegen Staffelpreis. Für Tuffi-Chef nur „Peanuts“

„Tuffi“-Bauern sammeln Unterschriften gegen Preispolitik der Molkerei

Mehrere Hundert Unterschriften von Kollegen haben die Bauern und Bäuerinnen der „Interessengemeinschaft gegen den Staffelpreis“ auf verschiedenen Versammlungen der Molkerei schon gesammelt. Sie sind Lieferanten der Milchwerke Köln-Wuppertal (Marke „Tuffi“), die im November letzten Jahres ein Staffelpreissystem eingeführt hat. Nach diesem System gibt es einen Mengenzuschlag auf den Auszahlungspreis – abhängig von der Menge – von 0 bis 2 Pfennig pro Liter Milch, d.h. wer viel liefert bekommt mehr für das gleiche Produkt.

Auf einer von der Interessengemeinschaft organisierten Versammlung mit über 200 Tuffi-Lieferanten im sauerländischen Schmallenberg erläuterte Sprecher Franz-Josef Dohle die Auswirkungen des Systems. Danach hat die Molkerei den Basispreis im November um 0,67 Pfennig gesenkt, um für die größeren Lieferanten mehr zahlen zu können: „Den kleineren wird was abgezogen, um es den großen Betrieben zu geben“, brachte es Dohle auf den Punkt. Schließlich müsse das Geld ja irgendwoher kommen. Ein von der Molkerei geschickter Mitarbeiter bestätigte die Zahl noch am Abend.

Nach Dohles Ansicht werde es jedoch nicht lange bei 0,67 Pfennig bleiben, denn mit jedem Aufgeben kleinerer Milcherzeuger müsse neu gerechnet werden, um den Mehrpreis für die Großen zusammenzubekommen. Mittlerweile geht die Interessengemeinschaft denn auch schon von einer Basispreissenkung um 0,8 Pf/kilogramm aus, was auf den Molkerei-Versammlungen nicht dementiert wurde.

Aus der Basispreissenkung ergebe sich, so Dohle, dass die Preisaufschläge in den un-

teren Staffeln in Wirklichkeit Abzüge darstellen und erst ab der Staffel-Stufe von 440.000 kg/Jahr überhaupt ein Plus herauskomme. Bei einer zugrunde gelegten Milchleistung von durchschnittlich 6.500 kg pro Kuh entspricht diese Menge einer Mindestkuhzahl pro Betrieb von rund 67 Kühen. In dem betreffenden Gebiet aber verfügten weniger als 15 % der Milcherzeuger über mehr als 60 Kühe. Der Staffelpreis nutze also nur einer sehr kleinen Minderheit der Tuffi-Mitglieder und führe zu Mindereinnahmen bei der großen Mehrheit. Diese deutlich Ungleichbehandlung der Mitglieder verstoße gegen den Gleichheitsgrundsatz des Genossenschaftsgesetzes.

So sieht es übrigens auch der Deutsche Raiffeisenverband. In einer internen Bewertung ist zu lesen, dass eine Preisdifferenzierung nur dann vertretbar erscheine, wenn unterschiedlich hohe Kosten der Erzeuger eindeutig quantifiziert und zugeordnet werden können. Das sei bei einer Preisunterscheidung nicht der Fall.

## „Peanuts“

Der Chef der Tuffi-Molkerei, Rötger Belke-Grobe, geht auf derartige Argumente nicht ein. Er nannte auf einer Tuffi-Betriebsversammlung die Mindereinnahmen der kleineren und mittleren Betriebe „Pfennigbeträge“ und „Peanuts“. Nach Berechnungen der Interessengemeinschaft gegen den Staffelpreis ergibt sich allein durch das Preissystem für einen Durchschnittsbetrieb mit 180.000 kg Milchquote ein Einkommensverlust von 1.440 DM im Jahr. Ein Betrieb mit 600.000 kg Milchquote bekommt dagegen 7.200 DM mehr. – Wenn das nur Peanuts sind, könnte man getrost verzichten.

Bei der großen Nachbarmolkerei der Tuffi, der Genossenschaftsmolkerei Humana Milchunion, wird ein Staffelpreis nicht eingeführt. So hat der Vorstand der Humana Milchunion eG im Februar entschieden. Friedrich Lubek, der bei der Humana für die Mitgliederbetreuung zuständig ist, erläuterte gegenüber der Bauernstimme, dass ein Staffelpreis „mit dem Genossenschaftsgedanken nicht zu vereinbaren“ sei, denn das sei eine „moderne Umverteilung von Milchgeld“. „Sie müssen ja den Kleinen was nehmen, um es den Großen geben zu können“, so Lubek. Die Humana Milchunion als Genossenschaft sei gehalten, den Strukturwandel nicht noch zu fördern. uj

Franz-Josef Dohle erläuterte auf einer gut besuchten Versammlung die negativen Auswirkungen des Staffelpreises.





Sie werden den Buam (Jungen) doch nicht Landwirtschaft lernen lassen. Mit Ihren 5 ha hat er doch keine Zukunft." Mit diesem sicherlich gut gemeinten Rat des damaligen Direktors der Landwirtschaftsschule waren mei-

ne von Kindheit an gefassten Pläne, Bauer zu werden, zerschlagen. Ich lernte Elektronik und verpflichtete mich nach der Lehrzeit mangels Alternativen vier Jahre zur Bundeswehr. In dieser Zeit spürte ich immer mehr, dass ich zum Bauer-Sein „berufen“ war.

Gleichzeitig lernte ich meine Frau Edith kennen. Edith hatte sich für ein Landwirtschaftsstudium entschieden. Wild entschlossen, Bauer zu werden, holte ich als Quereinsteiger die Gehilfenprüfung nach, und auf Drängen meiner Frau legte ich später auch noch die Meisterprüfung ab. Da natürlich unsere 6 ha mit 7 Milchkühen nicht

ausreichten, um davon zu leben, haben ich und nach ihrem Studium auch Edith unseren Lebensunterhalt als Betriebshelfer, Busfahrer und Milchleistungsprüfer bestritten.

Mehr durch Zufall als durch Planung kamen wir auf die Idee, den Durchbruch zum Haupterwerb mit Gemüsebau und Direktvermarktung zu versuchen. Trotz vieler Misserfolge zeichnete sich immer mehr eine reelle Chance ab, dass wir es schaffen können. Nach acht Jahren Anlaufzeit haben wir 1989 beschlossen, ab sofort unsere Nebentätigkeiten aufzugeben und im Haupterwerb Landwirtschaft und Gartenbau zu betreiben.

Mit viel Arbeit, Ausdauer und kräftiger Unterstützung meiner Eltern haben wir inzwischen einen festen Kundestamm aufgebaut, bauliche Voraussetzungen geschaffen und unser Gemüsesortiment ständig erweitert. Unsere Milchkühe haben wir als Mutterkühe auf die Weide „verbannt“. Aus dem Stall wurde ein Hofladen für den ganzjährigen Verkauf.

Um auch unsererseits die Region zu stärken und die Umwelt zu schonen, betreiben wir unsere Fahrzeuge mit kaltgepresstem Pflanzenöl, erzeugen unseren Strom durch Beteiligung an einer Windkraftanlage und beheizen unser Anwesen einschließlich der Gewächshäuser mit einer Biomasseheizung.

Und um auch nach außen hin ein Zeichen gegen den mörderischen Wachstumswahnsinn zu setzen, engagieren wir uns bei der ödp und bin ich als Kreis- und Gemeinderat aktiv.

Wäre ich meinem Beruf als Elektroniker treu geblieben, könnte ich heute als Informatiker viel mehr Geld verdienen. Mit unserer Landwirtschaft werden wir sicher nicht reich, dafür können wir aber noch viele Ideale verwirklichen, frei denken und uns kritisch und unangepasst äußern. Das ist doch auch was, oder?

Übrigens, die dritte unserer vier Töchter ist mit ihren 14 Jahren wild entschlossen, Bäuerin zu werden. Erinnerungen an meine Kindheit werden wach. Vielleicht hat Landwirtschaft doch Zukunft.

Josef Lirsch

### Betriebsspiegel

13 ha (davon 8 ha Pacht): 7 ha Gemüse, 5 ha Grünland, 1 ha Hof & Wald, 5 Mutterkühe mit Nachzucht (insges. 12 - 14 Rinder).

Der Hof der Familie Lirsch liegt im niederbayerischen Landkreis Rottal-Inn mit mittleren Böden (sandiger Lehm, rund 50 Bodenpunkte). Die Lirschs vermarkten ihre Produkte über den Hofladen, zwei Bauernmärkte und einen Lieferservice.

## Wenn Träume wahr werden



In unserer Gemeinde sind wir noch relativ viele Milchbauern. Die Kuhzahlen liegen zwischen 20 und 120, und für alle sind die Kühe das wirtschaftliche Hauptstandbein. Eins war bisher allen gemeinsam und wird es noch zwei Jahre lang sein: Die Milch wird von der Genossenschaftsmolkerei TUFFI abgeholt und weiterverarbeitet. Erste Unruhe kam jedoch im November letzten Jahres auf, als auf der monatlichen Beilage zur Milchgeldabrechnung zu lesen war, dass zum Grundpreis nicht nur ein Qualitätszuschlag, sondern auch ein Mengenzuschlag gezahlt werden soll! Je nachdem, wieviel Milch im Durchschnitt des Monats geliefert wird, sollten ab 1.100kg/Abholung Zuschläge zwischen 1/4 und 2 Pf/kg gezahlt werden!

Wenn dieses „zusätzliche“ Milchgeld über den Markt von der Molkerei erwirtschaftet würde, wäre der Schritt nachvollziehbar. Daran ist aber nicht gedacht. Nein, man zieht erst bei allen was vom Grundpreis ab, um dann bei den „Großen“ etwas Geld draufzulegen. Begründet wurde diese Maßnahme damit, dass die Nachbarmolkereien versuchten, die größeren Betriebe mit solchen Staffelpreisen abzuwerben. Außerdem drohten einige Mitglieder auch mit dem Wechsel zu einer anderen Molkerei, wenn ihnen nicht auch solche „Geschenke“ gemacht

würden! Die meisten Bauern waren über diese Nachricht verärgert, aber Konsequenzen zog in unserer Gegend niemand, weil die umliegenden Privatmolkereien eh schon einen Staffelpreis haben und bei den anderen Genossenschaften die Einführung bevorstehe, wurde uns gesagt.

Mitte/Ende Dezember erzählte mir ein Nachbar, dass einige unserer Nachbarn bei TUFFI kündigen und zur Molkerei „Onken“ wechseln wollten. Übrigens auch unsere TUFFI-Vertreter! Komischerweise waren das hauptsächlich die Betriebe, die vom Staffelpreis profitieren sollten.

Die Kündigungswelle zog viel weitere Kreise als wir damals dachten: In den Dörfern rundherum hatten noch viel mehr gekündigt. Dazu gehörten dann

auch viele Betriebe, die durch die Einführung der Staffelfelung mit Einbußen zu rechnen hatten. Bisher waren 99% der Bauern Tuffi-Lieferanten, davon kündigten ca. 50%! „Unser“ Milchwagenfahrer wurde immer unzufriedener, hatte er doch erst vor kurzem in einen neuen LKW investiert!

Meine Eltern und ich hatten bis dahin eigentlich nie vorgehabt zu kündigen. Mitglied einer Genossenschaft zu sein erschien uns von Vorteil, und die Grundpreise der anderen Molkereien sind nicht viel besser. Uns kommen aber mittlerweile erhebliche Zweifel ob dieser Entscheidung: Noch schwerer als der von uns abgelehnte Staffelpreis wiegt die Ankündigung unserer TUFFI-Molkerei, mit der Campina Melkunie eine Vollfusion eingehen zu

## Ein Reiß durch die Gemeinde

### Betriebsspiegel

56 ha, davon ca. 18 ha Grünland; 35 Kühe (Herdbuch) mit Nachzucht. Dorothee Lindenkamp bewirtschaftet den im Rheinland gelegenen Hof gemeinsam mit ihren Eltern.

wollen, wozu jedes TUFFI-Mitglied eine erhebliche Nachzahlung leisten sollte, die wir jedoch nie mehr zurückfordern können sollen!

Jetzt fahren also bald zwei Sammelwagen durchs Dorf. Ich kann mir auch schon lebhaft vorstellen, wie bei jeder Gelegenheit erstmal die letzten Milchgeldabrechnungen zwischen den „Tuffi's“ und den „Onki's“ verglichen werden. Und wenn wir demnächst unser „Hochzeitsgeld“ bezahlen müssen, werden die Nachbarn uns vielleicht mal aus Mitleid ein Bier auf dem Schützenfest ausgeben.

## RHG und RCG wollen Fusion

Die beiden Genossenschaftszentralen in Hannover und Münster wollen fusionieren. Das Bundeskartellamt hat den Zusammenschluss der Raiffeisen Hauptgenossenschaft Nord AG (RHG) und der Raiffeisen Central-Genossenschaft eG (RCG) ohne Auflagen genehmigt. Vor einigen Jahren hatten die Kartellwächter ähnliche Fusionen noch untersagt, unter anderem deshalb, um die Bauern vor einer marktbeherrschenden Stellung ihrer Genossenschaften zu schützen. Der neue Agrarkonzern, der mit Getreide, Ölsaaten, Kartoffeln sowie Futter- und Düngemitteln, Pflanzenschutzmitteln und Saatgut, Technik, Brenn- und Baustoffen handeln wird, würde der zweitgrößte genossenschaftliche Landhändler nach der Münchner Baywa werden: mit knapp 6 Milliarden DM Umsatz und 4.800 Beschäftigten, mit einem Geschäftsgebiet von Nordrhein-Westfalen bis Brandenburg. Die Vorstände versprechen sich von der Fusion Vorteile im Einkauf und in der Vermarktung und verstärkte Aktivitäten im Ausland, z.B. in Polen. Die jeweiligen Eigner der beiden Hauptgenossenschaften, das sind vor allem zahlreiche Einzelgenossenschaften, müssen dem Zusammengehen noch zustimmen. en

## Sex-Stimulator als Öko-Pille

Passend zur BIO FACH Messe Mitte Februar in Nürnberg hält ein Präparat Einzug in den bundesdeutschen Biomarkt, das nach Firmen-Informationen mehr Lust bei der Lust verspricht und zwar in Ökoqualität. Macandia heißt das Heilmittel in Pillenform für stressgeplagte Ökokunden. Der Name bezieht sich auf die Macawurzel, eine Knollenpflanze, die in den peruanischen Anden oberhalb von 3.700 m angebaut wird und die erstaunliche Wirkungen zeigen soll. In einer Pressemeldung heißt es: „Die regelmäßige Einnahme von Maca hilft beim Abbau von Stress und Stressfolgen, vertreibt Erschöpfung und Lustlosigkeit sehr effektiv, stimuliert den Organismus und steigert die natürliche Vitalität. Bei einer empfohlenen Tagesdosis von zwei bis vier Tabletten soll die Pflanze auch die sexuelle Kraft bei Mann und Frau merklich steigern.“ pm

## Konzentration bei Bio-Eiern

Die größte dänische Eierabsatz-Genossenschaft Danaeg hat kürzlich den Bio-Ei-Abpacker Hoenen og Aegget übernommen und kontrolliert jetzt ungefähr 50 % des dänischen Bio-Eier-Marktes. en

## Bio-Zuckerrüben

Der niederländische Zuckerkonzern Suiker Unie will laut top agrar den Anbau von Bio-Rüben auf 400 ha ausdehnen. Die Bauern bekommen eine Zusatzprämie von 45 DM/t. en

## Monatlich 20.000 Bio-Gerichte im Zug

18.000 – 20.000 Bioland-Gerichte pro Monat wurden in den letzten Monaten in den Zugrestaurants der Deutschen Bahn AG verkauft. Seit September 1999 bietet die DB-Tochter MITROPA in den Speisewagen der ICE-, IC- und EC-Züge ein monatlich wechselndes Gericht an. Ein Sprecher der MITROPA wertet die Zahlen als „positives Ergebnis“, es zeige, dass „Bio-Kost salonfähig“ geworden sei. Insgesamt verkauft die MITROPA pro Monat etwa 300.000 Gerichte. Die durchschnittlich über 20.000 Biogerichte im Dezember und Januar seien zusätzlich verkauft worden – „wir haben damit ein anderes Klientel ansprechen können“, wertet eine Firmensprecherin gegenüber der Bauernstimme. Die Fertigerichte werden vom Bioland-Vertragspartner Sander Gourmet bezogen (siehe Fotos rechts). uj

## DK: 63 % mehr Bioschweine geschlachtet

Einer Schätzung zu Folge sind in Dänemark im letzten Jahr rund 75.000 Bioschweine geschlachtet worden. Im Vergleich zum Jahr 1998 mit 46.000 Bioschweinen war das ein Zuwachs von 63 % innerhalb eines Jahres. Im Jahr 1995 lag die Zahl der geschlachteten Bioschweine bei 4.000, wie die Lebensmittelzeitung mitteilt. pm

## Finnische Großschlachtereie steigt ein

Finnlands größte Versandschlachtereie Atria Oy will künftig auch Bio-Rind- und Schweinefleisch anbieten und hat dazu Lieferverträge mit ökologisch wirtschaftenden Betrieben abgeschlossen. Nach Angaben der ZMP sehen die Verträge deutliche Preisaufschläge für die Landwirte vor: Bei Bullen umgerechnet 99 Pf/kg, bei Schlachtkühen 66 Pf/kg und bei Schweinen 82 Pf/kg Schlachtgewicht. Atria habe sich zum Ziel gesetzt, im Einführungszeitraum 1.000 bis 1.500 t Biofleisch abzusetzen. pm

KURZES AM RANDE

## CMA-Siegel kippt

Fleischwirtschaft will einfache Dachmarke namens „Deutsches Qualitätsfleisch“

Dem Prüfsiegelprogramm der CMA (Centrale Marketing-Gesellschaft der deutschen Agrarwirtschaft) droht das Aus. Damit wäre der erhebliche Werbeaufwand, den die CMA für das Fleisch-Prüfsiegel in den Jahren seit Hochphase der BSE-Krise betrieben hat, letztlich nicht von Erfolg gekrönt. Finanziert wird die CMA, somit auch ihre Werbekampagnen, von Beiträgen, die die Bauern bei jedem Verkauf von Schweinen, Rindern oder Milch automatisch an die CMA abführen.

Bedrängt wird die CMA von der deutschen Fleischwirtschaft, die mit dem CMA-Siegel unzufrieden ist – vor allem beklagt sie die ihrer Meinung nach zu hohen Kosten für die strikte Einbindung aller Produktions- und Verarbeitungsstufen in eine durchgängige Vertragskette. Der Kontrollaufwand sei zu hoch, hieß es. Laut Lebensmittel-Praxis hat das CMA-Prüfsiegel bisher einen Marktanteil von nur 5 % erreicht, obwohl nach Ansicht

des Bauernverbandes 75 % des in Deutschland erzeugten Fleisches den Kriterien Stand halten würden.

Die Fleischwirtschaft plant eine durchgängig dokumentierte Produktion für „Deutsches Qualitätsfleisch“ auf einer einheitlichen Basis, um daraus ein Dachmarkenprogramm aufzubauen. Laut Lebensmittelzeitung soll die CMA das Vorhaben koordinieren. Die noch festzulegenden Kriterien sollen folgende Punkte beinhalten: Herkunftssicherung, dokumentierte Beratung der Landwirte, Überwachung des Salmonellenstatus, mikrobiologische und chemische Rückstandsuntersuchungen bei Futtermitteln und Fleisch sowie eine Verkürzung der Schlachtiertransporte. CMA-Geschäftsführer Dr. Thomas Hambüchen hat der Lebensmittelzeitung gegenüber angekündigt, dass die Mitarbeiter im bisherigen Arbeitsfeld „CMA-Prüfsiegel“ für die Betreuung der neuen Dachmarke bereitgestellt würden. uj



Reichlich schlicht sehen sie aus, die Bio-Speisen in den Zugrestaurants der DB (siehe Meldung links).

Fotos: MITROPA AG

## Edeka/Biopark erste ÖPZ-Nutzer

Gut 50 Unternehmen haben mittlerweile die Lizenz zur Nutzung des Ökoprüfzeichens (ÖPZ). Vergeben wird das Zeichen von der ÖkoprüfzeichengmbH, einer gemeinsamen Tochtergesellschaft von CMA (Centrale Marketing-Gesellschaft der dt. Agrarwirtschaft) und der AGÖL (AG Ökologischer Landbau). Nach eigenen Angaben hat das Edeka-Fleischwerk Nord als erstes Unternehmen die Lizenz für das neue Öko-Prüfzeichen (ÖPZ) erworben, mit dem seit Januar das unter der Edeka-Handelsmarke „Bio-Guttfleisch“ geführte Biofleisch gekennzeichnet wird. Das Edeka-Fleischwerk Nord mit Betrieben in Neumünster und Pinneberg bezieht das Biofleisch vom Verband Biopark. Auf der Feierstunde zur Einführung des neuen Zeichens beziferte der Geschäftsführer des Edeka-Fleischwerkes, Rolf Heidenberger, dessen Biofleischumsatz für das Jahr 1999 auf knapp 10 Millionen DM. Das entspreche

in den Märkten der Edeka-Nord einem Anteil von 10 % Biofleisch am gesamten Fleischumsatz. „In den nächsten fünf Jahren streben wir 15 % an“, so Heidenberger. Die 607 Biopark-Mitgliedsbetriebe mit zusammen 116.000 ha Nutzfläche liegen vor allem in Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg. Die Biopark-Vermarktung erreichte im vergangenen Jahr laut Presseberichten einen Umsatz von rund 30 Mio. DM; davon machte Fleisch rund 80 % aus. Biopark beliefert neben Edeka weitere Einzelhandelsketten (u.a. Marktkauf, Tegut) und fährt auch Metzgereien im Bundesgebiet an.

Unter den weiteren ÖPZ-Nutzern finden sich Firmen wie Bio Fleisch Nord-Ost OHG mbH, FRoSTA GV-Partner GmbH, Molkerei Söbbeke (nur für LEH-Waren), Rhöngold Molkerei Fricke, Hofmolkerei Dehlwes, einige Mühlen u. Backwarenhersteller u.a. (eine Liste findet sich im Internet: www.oekopruefzeichen.de). uj

## Einspeisegesetz: Biogasanlagen mit neuen Vergütungssätzen

Auch für Altanlagen volle Vergütung erreicht

Der Beschluss über den Gesetzentwurf zur Stromeinspeisung aus regenerativen Energien wird seitens der Planer, der Hersteller und der Verbände, die sich mit der Energie aus Biogas beschäftigen, begrüßt. Für Biogasanlagen ist nun eine Vergütung von 20 Pf/kWh beschlossen. Dabei müssen die Anlagen im Bereich unter 500 kW elektrischer Leistung liegen. Oberhalb dieser Leistung bis 20 MW elektrische Leistung ist eine Vergütung von 17 Pf/kWh vorgesehen. Für Altanlagen sah der Gesetzentwurf ursprünglich eine Vergütung von 16,1 Pf/kWh vor. Das hat u.a. den Fachverband Biogas e.V. und das Zentrum für nachwachsende Rohstoffe, Haus Düsse, veranlasst, bei aller Freude über die Entwicklungen im Hinblick auf die Einspeisung darauf hinzuweisen, dass das für Altanlagen eine erhebliche Benachteiligung darstellt. Speziell für die Pioniere der Entwicklung der Biogastechnik, die mit viel Engagement und Eigenleistung in der Vergangenheit die Technik in die Praxis umgesetzt haben, wäre nach Auffassung des Fachverbandes Biogas e.V. diese Regelung ein „Schlag ins Gesicht“. Daher wurde seitens der Interessensvertretung für Biogasanlagenbetreiber gefordert, Altanlagen den Neuanlagen ab dem 1.1.2000 gleich-

zustellen. Dem ist die Politik nun nachgekommen.

Dank intensiver Gespräche mit den politisch Verantwortlichen konnte erreicht werden, dass im nun beschlossenen Gesetz auch für Altanlagen die oben beschriebenen Vergütungssätze gelten.

Angesichts der aktuellen Entwicklungen im Energiebereich und der Gesetzesinitiative zur Änderung des Einspeisegesetzes war die Biogastagung, die am 27.1.2000 im Zentrum für nachwachsende Rohstoffe NRW stattfand, mit über 200 Teilnehmern hervorragend besucht. Rund um die Energie aus Biomasse gibt es angesichts der angespannten Situation auf den Agrarmärkten ein außerordentlich großes Interesse und eine hohe Motivation, die Energiebereitstellung als neuen Produktionsbereich für die Landwirtschaft zu erschließen.

Im weiteren Verlauf der Biogastagung wurde über Anlagentechnik/Biogasverfahren, über das Konzept der Naturstrom AG, über Projektansätze und Gemeinschaftsanlagen informiert. Über die Tagung wird zur Zeit eine Dokumentation der Vorträge zusammengestellt, die ab Mai dieses Jahres auch im Internet unter [www.duesse.de](http://www.duesse.de) verfügbar ist. *hbh*



Das gerade beschlossene Erneuerbare-Energien-Gesetz ändert die Vergütungssätze. Für Biogasanlagen ein großer Schritt nach vorne, für Windkraftanlagen im Binnenland ein kleiner, für Windräder an der Küster gibt's weniger. Foto: Jasper

## Informationen aus der Landhandels-Szene

Das „Who is Who“ über die Großen Unternehmen im Landhandel

Agrarwirtschaft im Umbruch“ – unter diesem Titel hat Alfred Strothe als intimer Kenner der Landhandels-Szene in den letzten Jahrzehnten regelmäßig über die Strukturveränderungen in dieser Branche berichtet. Auch in der vorliegenden Neuauflage dieses Buches erfährt man manches Detail über Veränderungen bei großen Landhandelsunternehmen: Innerhalb der A.C.Toepfer International, der Strothe eine „dominierende bis monopolistische Rolle“ zutraut, hat der US-Konzern ADM seine Position weiter verstärkt, nachdem die europäischen und amerikanischen Zentralgenossenschaften ihre Anteile abgestockt haben. Den Fuß im europäischen Markt haben auch die Multis Cargill und Conagra. Die Getreide AG des Unternehmers Rothe ist mit 1 Milliarde Umsatz (einschließlich der übernommenen Nordkorn AG) mittlerweile die größte deutsche nichtgenossenschaftliche Landhandelsfirma. Durch Zusammenschlüsse der Firmen Rautenberg-Arp-Thordsen ist zudem in Schles-

wig-Holstein ein Unternehmen mit 0,6 Mrd. Umsatz entstanden. Die Importfirma Peter Cremer hat durch die Übernahme der früheren Club-Kraftfutterwerke/Süddeutschland ihre Basis für eine weitere Expansion nach Osteuropa gestärkt. Der Getreide- und Futtermittelhändler C. Mackprang GmbH bleibt ein weiterer großer Akteur in diesem Sektor. Landhandelszusammenschlüsse wie die Deutsche Agrar AG, Vereinigte Landwarenkäufer Südwest AG und Lagerland AG München behaupten ihre Position.

### Fusionen unter Genossen

Bei den 13 Hauptgenossenschaften (HG) könnte es laut Strothe (trotz der Bedenken des Kartellamts) durch Fusionen oder Zusammenarbeit bald zu einer Konzentration auf 3 bis 4 Zentralen kommen. Die meisten HGs haben nach der Wende ihre Geschäftstätigkeit auf die neuen Länder ausgeweitet. Die krisengeplagte Raiffeisen HG Frankfurt hat sich sogar in der Ukraine engagiert, laut Strot-

he mit zweifelhaften Aussichten. Die Baywa AG hat ihren Geschäftsbereich nicht nur auf nichtlandwirtschaftliche Bereiche (Baustoffe, Mineralöl) verlagert, sondern sie expandiert massiv in Länder wie Österreich, Bulgarien, Tschechien und Ungarn. Strothe bringt hierzu etliche Details, behandelt aber leider nicht die Frage, welche Folgen eine solche Strategie für die Behauptung der landwirtschaftlichen Interessen innerhalb der Baywa hat.

Ohnehin hätte man sich von diesem Buch zu grundlegenden Strukturfragen des Landhandels noch wesentlich mehr Informationen und Analysen gewünscht. Aber leider nimmt eine (wenig aktuelle und unkritische) Beschreibung der Agenda 2000-Regelungen einen Großteil des Buches ein. Recht einseitig und oberflächlich fallen auch Strothes Ausführungen zur Gentechnik aus. *en*

Alfred Strothe, Agrarwirtschaft im Umbruch, 5. Auflage, 1999, 320 S., 68 DM, Buchedition Agri-media, Bergen/Dumme.

### RME-Streit

Das Umweltbundesamt hat mit einem neuen Gutachten den Streit um die Ökobilanz der Bio-Treibstoffe Rapsölmethylester (RME) und Rapsöl entfacht. Nach Ansicht des Berliner Amtes bringe der Einsatz beider Treibstoffe in Dieselmotoren aus Sicht des Umweltschutzes keine entscheidenden Vorteile gegenüber der Verwendung von Diesel aus Mineralöl. Die anerkannte CO<sub>2</sub>-Reduzierung könne anders billiger und effektiver erreicht werden.

## In Frankreich ist Bewegung in der Agrarpolitik

Eine breite gesellschaftliche Debatte über Landwirtschaft und der Druck der Bauerngewerkschaft drängen die französische Regierung zu neuen Programmen. Beschäftigung und Umweltschutz stehen im Mittelpunkt

In Frankreich wird über Landwirtschaft derzeit ganz anders diskutiert als in Deutschland. Zum einen sind da die Lebensmittelskandale des letzten Jahres (Dioxinbelastung in Geflügelfleisch), die die französische Öffentlichkeit weit mehr bewegt haben als die deutsche. Auch die BSE-Problematik ist bei unseren Nachbarn stärker im Gespräch als bei uns. Gleichzeitig gibt es eine lebhaftere Diskussion über die Umweltverträglichkeit der Landwirtschaft. Eine zentrale Figur nimmt hier die ehrgeizige Grüne Umweltministerin Dominique Voynet ein, die sich besonders den Trinkwasserschutz vorgenommen hat. Sie steht dabei unter internationalem Druck, denn die EU-Kommission hat schon

im Sommer 1998 Klage vor dem Europäischen Gerichtshof gegen Frankreich erhoben, weil die EU-Wasserschutzrichtlinie in der Bretagne missachtet werde. Insbesondere die intensive Tierhaltung steht hierbei in der Kritik der Umweltministerin. Seit Januar belastet ein bisher noch unter Verschluss gehaltenes Umweltgutachten über ein bestehendes französisches Agrarumweltprogramm das Ansehen der französischen Agrarpolitik in der Gesellschaft. An die Öffentlichkeit gelangte Aussagen des Gutachtens besagen, dass das Programm zur Minderung der Umweltbelastungen aus der Landwirtschaft (PMPOA) mit den 4,5 Mrd. DM pro Jahr im Verhältnis zum Umweltnutzen viel zu teuer sei.

Und dann waren da die vielen Aktionen der Bauerngewerkschaft Confédération Paysanne im vergangenen Sommer und Herbst, bei denen u.a. ein McDonald's-Imbiss in seine Einzelteile zerlegt wurde – was große Sympathien in der Bevölkerung fand und den großen Bauernverband so sehr unter Druck setzte, dass er mit eigenen – legalen – Aktionen nachziehen musste. Mit welchen Vorhaben die französische Regierung auf die Debatten reagiert, lesen Sie auf der Seite 14. Welche Ziele sich die erwähnte Confédération Paysanne setzt, erläutert der französische Bauer Laurent Cartier im Interview:



Mit dieser Aktion erreichte die CONFÉDÉRATION PAYSANNE, dass die Regierung Bauern und Bäuerinnen ein neues McDonald's bauen lässt.

## „Und dann haben wir das Landwirtschaftsministerium besetzt“

Wie die französische „Abl-Schwester“ Confédération Paysanne es schaffte, 20 % der Landwirte hinter sich zu bekommen

Sie hat das geschafft, wovon alle bäuerlichen Interessenvertretungen träumen: Landwirtschaft und Ernährungsfragen zu einem Thema zu machen, das die ganze Gesellschaft bewegt. Die französische Bauernorganisation „Confédération Paysanne“ (CP), die für eine umweltgerechte und soziale Landwirtschaft kämpft, macht europaweit Schlagzeilen. Und das vor allem, seit José Bové und ein paar Mitstreiter aus Protest gegen Globalisierung und das Verhalten multinationaler Konzerne in einer spektakulären Aktion einen McDonald's-Schnellimbiss im südfranzösischen Millau abbauten. Da hat selbst die konservative deutsche Agrarzeitung „Ernährungsdienst“ lobend gestaunt: „Es ist ihm gelungen, den Agrarstreit in eine gesellschaftspolitische Debatte umzufunktionieren, wie Be-

obachter nicht ohne Bewunderung anmerken.“ Im Laufe dieser Debatte gingen dann in 80 Städten Frankreichs Hunderttausende auf die Straße, um gegen die damals noch bevorstehenden WTO-

Verhandlungen in Seattle zu protestieren. Wie hat die CP das geschafft? Glück, Genie? Intelligenz und Strategie? Zu den Hintergründen ein Interview mit Laurent Cartier, Gründungsmitglied, langjähriger Aktivist und ehemaliger Generalsekretär der CP.

**Bauernstimme:** Wie kam es zur Gründung der CP?

Laurent Cartier: Die Verantwortlichen mehrerer landwirtschaftlicher Organisationen (darunter CNSTP und FNSP) waren 1987 übereingekommen, eine Organisation zu gründen, um die Interessen der Bauern zu wahren, die nicht durch den französischen Bauernverband (FNSEA) vertreten wurden. Man wollte Alternativen zum „Wachsen oder Weichen“ und forderte eine ange-

messene Entlohnung der Arbeit der Bauern. Der damalige Landwirtschaftsminister, ein ehemaliger Präsident der FNSEA, trug – natürlich unwillentlich – zu dem Zusammenschluss bei, indem er die FNSEA gegenüber anderen Organisationen massiv bevorzugte. Wir haben damals das Landwirtschaftsministerium besetzt um auf diese Ungerechtigkeit hinzuweisen.

**Hatte die CP mit ihren Vorstellungen Erfolg bei den Bauern?**

Bei uns finden in jedem Département alle sechs Jahre die Wahlen zu den Landwirtschaftskammern statt. Noch 1983 haben unsere Vorgängerorganisationen CNSTP und FNSP es zusammen auf etwa 6 % gebracht. Sechs Jahre später, 1989, hat die CP dann 18% der Stimmen auf sich vereinigen können. Das Monopol der FNSEA war damit erschüttert und zwang den Landwirtschaftsminister (der mittlerweile gewechselt hatte), die Spielregeln zu verändern. Die CP konnte nun auch in den Ausschüssen mitarbeiten, die für die Bauern wichtig sind, in denen es z. B. um die Verteilung von Land, Milchquoten oder günstigen Krediten geht. Im Jahre 1995 erreichte



Laurent Cartier (46), regelmäßiger Bauernstimmenleser, bewirtschaftet im Département Haute-Marne in Kooperation mit 3 anderen Bauern 207 ha Getreide, Raps und Sonnenblumen (davon werden 15 ha biologisch bewirtschaftet) und 70 Milchkuhe mit 500 000 l Milch. Er war von 1992-1995 Generalsekretär der CP und ist auf europäischer Ebene aktiv in der Europäischen Bauernkoordination (CPE). Für die CPE sitzt er auch im beratenden Milchausschuss bei der Europäischen Kommission.

Foto: Jasper



Internationale Aufmerksamkeit: Als Symbol für den Kampf gegen eine rein gewinnorientierte Globalisierung's Imbiss wieder ab.

die CP dann 20,1% bei den Kammerwahlen, in 2 Départements erlangte sie sogar die absolute Mehrheit.

#### Was sind die wichtigsten Ziele der CP?

Wir kämpfen für eine soziale und umweltgerechte Landwirtschaft, ähnlich wie die AbL in Deutschland. Zum einen tragen wir dieses Anliegen in die Gesamtgesellschaft hinein, zum anderen versuchen wir, möglichst viele Bauern anzusprechen. Wir wenden uns dabei gleichermaßen an die Kollegen, die bäuerliche Landwirtschaft praktizieren, wie an Wachstumslandwirte, die sich kritisch mit den Folgen



der Wachstumslandwirtschaft auseinandersetzen. Wir müssen aufpassen, dass diese Bauern sich nicht zu sehr von uns entfernen, weil sie sich angegriffen fühlen, sondern im Gegenteil, dass sie sich uns anschließen, weil ja auch sie Opfer dieses Modells „Wachstumslandwirtschaft“ sind. Die europäische Schweinekrise ist ein aktuelles Beispiel dafür – da kommen auch die gewachsenen Betriebe mit den Preisen vorne und hinten nicht mehr klar.

Wie finanziert Ihr Euch? Gibt es

#### staatliche Unterstützung?

Ja, die CP erhält neben ihren Mitgliedsbeiträgen auch öffentliche Gelder, und zwar erstens direkt aus dem Landwirtschaftsministerium und zweitens indirekt von den französischen Bauern, die in einen Entwicklungsfonds einzahlen. Zusammen betragen diese öffentlichen Gelder etwa 3 Millionen DM. Aber wir mussten lange kämpfen, um im selben Ausmaß

Zugang zu diesen Geldern zu haben wie die FNSEA. Doch wäre die jetzige Arbeit der CP ohne diese Gelder unmöglich. Genauso wie es eine öffentliche Finanzierung der politischen Parteien gibt, erscheint es uns nötig und normal, dass es eine öffentliche und vor allem transparente Finanzierung von Berufsverbänden gibt.

#### Wie ist das Verhältnis der CP zum Landwirtschaftsminister, zur FNSEA und anderen landwirtschaftlichen Organisationen?

Als die CP gegründet wurde, war das Verhältnis von FNSEA und Landwirtschaftsministerium sehr eng, was ja auch darin gipfelte, dass ein Präsident der FNSEA Landwirtschaftsminister wurde. Zu dieser Zeit hatte die CP –

wie auch andere Organisationen – keine Chance, an öffentliche Gelder zu kommen, sie wurde noch nicht einmal vom Landwirtschaftsminister empfangen. Nach dem Regierungswechsel änderte sich dann einiges und das neue landwirtschaftliche Orientierungsgesetz, das 1999 verabschiedet wurde, erkennt den Pluralismus bei den landwirtschaftlichen Interessenvertretungen ganz klar an. Auch die CP hat jetzt Zugang zu Geldern und Posten. Aber täuschen wir uns nicht. In allen Instanzen ist die FNSEA omnipräsent und mächtig, oft mit dem Einverständnis der Regierung. Sicherlich, konfrontiert mit dem Aufstieg der CP hat sich auch die Redeweise der FNSEA verändert – vor allem wohl deshalb, weil der öffentliche Beifall oft auf unserer Seite ist. Aber im wesentlichen hat sich nichts geändert.

#### Wenn Du so zurückblickst, welches sind Deiner Meinung nach die wichtigsten Faktoren für den Erfolg der CP?

Ganz, ganz wichtig waren die zahlreichen Aktionen, die immer wieder überall im Land stattfinden. Aktionen haben den Vorteil, dass sie sehr bildhaft darstellen können, was wir wollen. Dadurch bleibt unser Anliegen im Gedächtnis der Menschen haften. Die Medien berichten gerne über Aktionen, und wir erreichen darüber sowohl Landwirte als auch die übrige Bevölkerung. Um ein paar Beispiele zu nennen:

Allein in meinem Département haben wir im letzten Jahr etwa 12 Aktionen durchgeführt. Wir haben z. B. das Bürgermeisteramt einen Tag und eine Nacht lang besetzt, wir haben demonstrativ einen Acker bestellt, den ein Wachstumslandwirt widerrechtlich bewirtschaftet hat. Auf nationaler Ebene gab es jede Menge Demonstrationen vor McDonald's, als José Bové im Gefängnis saß. Wir haben zusammen mit 500 Bürgermeistern von Landgemeinden für eine bessere Zukunft für den ländlichen Raum demonstriert, haben in Paris an Passanten Kostproben von Direktvermarktern verteilt.

#### Inwieweit arbeitet die CP mit anderen Organisationen zusammen?

Wie gesagt, wir suchen ganz bewusst den Dialog mit der übrigen Gesellschaft. Die CP ist Mitglied einer Organisation, die dem Agrarbündnis in Deutschland ähnelt. Da machen 25 Organisationen aus den Bereichen Landwirtschaft, Ökologie und Verbraucher mit. Wir wer-

#### Ein paar Daten

Bevölkerung:	58.723.000
Landw. Betriebe:	735.000
mittl. Betriebsgröße:	38,5 ha
Landesfläche:	54.397 km <sup>2</sup>
Landw. Nutzfläche:	30.215 km <sup>2</sup>
Ackerland:	18.305 km <sup>2</sup>
Dauergrünland:	10.477 km <sup>2</sup>
Wald:	15.094 km <sup>2</sup>
Rinder:	20.154.000
davon Milchkühe:	4.476.000
Schweine:	15.473.000
Schafe u. Ziegen:	9.824.000

Quelle: IMA

den mittlerweile oft eingeladen, bei den unterschiedlichsten Vorhaben mitzumachen, z. B. bei der „association pour la taxation des transactions financières“ (Vereinigung zur Besteuerung finanzieller Transaktionen), also einer Aktion, die mit Landwirtschaft so direkt erstmal nichts zu tun hat. Mittlerweile kennen über 80% aller Franzosen die CP und wissen, wofür sie sich einsetzt.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist, wie schon erwähnt, dass wir diejenigen, die den negativen Folgen der Wachstumslandwirtschaft ablehnend gegenüberstehen, sie aber dennoch praktizieren, zusammenzubringen mit den bäuerlich wirtschaftenden Landwirten, um gemeinsam mehr zu erreichen. Und nicht zuletzt ist es wichtig, die Unabhängigkeit zu wahren, und zwar Unabhängigkeit sowohl von politischer, ökonomischer als auch von finanzieller Macht. So legt z. B. unsere Satzung fest, dass man nicht ein Ehrenamt in der CP und ein politisches Amt gleichzeitig bekleiden kann. Ohne Ausnahme. Natürlich darf man diese Punkte nicht allein für sich nehmen, nur im Zusammenspiel führen sie zum Erfolg.

#### Vielen Dank für das Gespräch.

Das Interview führte  
Sybille Bahrmann



Confédération Paysanne

Gegründet 1987  
35.000 Mitglieder  
20 Angestellte in der Zentrale in Paris,  
etwa 30 in den Départements.  
100.000 Bauern stimmten bei den letzten Kammerwahlen für die CP (20,1%).  
<http://www.confederationpaysanne.fr>

## Französische Agrarpolitik

Direktzahlungen sollen Beschäftigung und Umwelt fördern

Frankreichs Regierung hat eine Reihe von Vorhaben beschlossen bzw. geplant, die die regionale Ungleichverteilung der EU-Ausgleichszahlungen (Flächen- und Tierprämien) verringern und gleichzeitig Arbeitsplätze in der Landwirtschaft und im ländlichen Raum erhalten, wenn möglich neue schaffen sollen. Und die Umweltbelastungen, die von Teilen der Landwirtschaft ausgehen, sollen abgebaut werden.

Die Pariser Regierung will das durch die Agenda 2000 geschaffene Instru-

ment der „Modulation“ nutzen. Die entsprechende EU-Verordnung erlaubt es den einzelnen EU-Ländern, von den EU-Ausgleichszahlungen an die Betriebe bis zu 20 % einzubehalten, um damit Maßnahmen zur Entwicklung ländlicher Räume zu finanzieren. Die Modulation bedarf dabei genau definierter Kriterien, die die absolute Höhe der EU-Zahlungen pro Betrieb betreffen können oder die Beschäftigungssituation auf dem Betrieb oder die Einhaltung von Umweltauflagen. Frankreich will mit der Modulation

on rund 1 Mrd. F (300 Mio. DM) einbehalten und damit zur Finanzierung des im letzten Jahr neu eingerichteten Instruments der „Territorialen Betriebsverträge“ (CTE) beitragen (siehe Bericht unten).

### Modulation

Wie die Modulation genau aussehen soll, ist noch immer nicht entschieden, nicht zuletzt deshalb, weil es von Seiten des größeren Bauernverbandes FNSEA mittlerweile kräftigen Widerstand gibt. Gedacht ist bisher an folgendes System: Die Prämienabstufung soll ab einer Prämiensumme von rund 83.000 DM/Jahr einsetzen, was umgerechnet einer Ackerfläche von rund 100 ha entspricht. Betrieben mit

einem höheren Zahlungsanspruch wird die EU-Ausgleichszahlung entsprechend einer progressiv verlaufenden Staffelung gekürzt. Die höchste Kürzung von 20 % setzt bei einer Prämie von rund 230.000 DM ein (erhält z.B. ein Ackerbetrieb mit rund 280 ha LF). Nach Auskunft des Landwirtschaftsattachés bei der französischen Botschaft in Bonn, Michel Ferret (s.u.), wird die Modulation von insgesamt 735.000 Betrieben ungefähr 30.000 Betriebe betreffen, 80 % davon mit einer Kürzung von unter 6 %. Aus der Degression können die Betriebe herauskommen, indem sie Arbeitskräfte beschäftigen. Jede zusätzliche Lohnarbeitskraft verringert die Kürzung um knapp 5.000 DM. *uj*

## Das neue Orientierungsgesetz in Frankreich

Das neue „Orientierungsgesetz“ soll Gesellschaft und Landwirtschaft zusammenbringen. Departements schließen Verträge mit Landwirten

Orientierungsgesetze gibt es Frankreich schon seit 1960. Sie werden von Zeit zu Zeit als Rahmengesetz erlassen, um die französische Landwirtschaft auf die neuen Gegebenheiten einzustellen oder um den Landwirten neue Perspektiven zu eröffnen. 1996 hat Präsident Chirac den Anstoß gegeben zu einem neuen landwirtschaftlichen Orientierungsgesetz, das den neuen Entwicklungen in Wirtschaft und Landwirtschaft Rechnung tragen sollte. Der erste Entwurf für dieses Gesetz, der der Vermarktung und dem Export von Agrarprodukten eine große Bedeutung beimaß, wurde nach dem Wechsel der politischen Machtverhältnisse 1997 geändert. Der Schwerpunkt wurde dabei auf Beschäftigung und Multifunktionalität gesetzt. Das neue landwirtschaftliche Orientierungsgesetz ist im Juli 1999 im französischen Parlament verabschiedet worden.

### Das Orientierungsgesetz

Das neue Gesetz beruht auf 3 Grundbegriffen:

- 1.) Die Multifunktionalität der Landwirtschaft soll gefördert werden.
- 2.) Vertrag: Das Gesetz möchte die Beziehungen zwischen dem Staat und dem Landwirt verändern. Der Landwirt soll nicht länger ein Beihilfeempfänger sein, der „am Tropf des Staates“ hängt, sondern vielmehr ein Partner, der für eine gelieferte Leistung entlohnt wird. Die Gewährung eines Teiles der öffentlichen Beihilfen ist in Zukunft an die Einhaltung von regional oder national in einem Lastenheft festgelegten Bedingungen gekoppelt (Produktionsbedingungen, Schutz der natürlichen Ressourcen, Raumplanung,

Produktion kollektiver Dienstleistungen).

3.) Territorium: Es handelt sich hierbei um einen wichtigen Begriff in Frankreich, der im Zusammenhang mit dem Begriff der Nation steht. Zunächst verstanden die Franzosen unter Territorium einen geographischen Raum, mit dem sich die Nation identifiziert, und den man notfalls gegen Eindringlinge verteidigen muss. Es handelt sich also um etwas Kulturelles, es ist sozusagen ein „Kulturraum“. Seit Kriegsende hat dieses Konzept der Verteidigung eher auf Ausgeglichenheit innerhalb dieses Territoriums ausgerichteten Idee Platz gemacht. Der Staat bemüht sich um die Schaffung eines Gleichgewichtes zwischen Paris und der Provinz. Er möchte die durch die Landflucht hervorgerufene Entvölkerung der ländlichen Räume vermeiden.

### Verträge

Einen wichtigen Aspekt der Erneuerung in diesem Gesetz stellt der Territoriale Bewirtschaftungsvertrag dar (Contrat Territorial d'Exploitation, CTE). Der CTE ist das Herzstück des neuen Landwirtschaftlichen Orientierungsgesetzes. Sein Ziel ist: eine Umverteilung der Direktzahlungen, der Landflucht entgegenzusteuern und den Umweltaspekten Rechnung zu tragen.

Jeder Vertrag muss ein Projekt beinhalten. Dieses Projekt muss den Betrieb insgesamt betreffen, und es muss wirtschaftlich und umweltpolitisch kohärent, wenn möglich auch innovativ sein. Der Vertrag soll zwei Teile umfassen:

- einen wirtschaftlichen, die Beschäftigungssituation betreffenden Teil mit

Bestimmungen für ein günstiges Umfeld zur Schaffung von Mehrwert, für Innovation und Entwicklung von Produktlinien mit hohem Qualitätsstandard und

- einen auf Umwelt und Grund und Boden ausgerichteten Teil. Hier geht

die Anwendung der Modulation. Das Ministerium geht davon aus, dass 40 000 Verträge im Jahr 2000 abgeschlossen werden können. Mittelfristig sollen 4 Mrd. FF (1,3 Mrd. DM) für die Verträge bereitstehen. Die meisten bestehenden, nicht-produktionsge-



Michel Ferret (l.), französischer Agrarattaché, erläuterte das neue Gesetz auf der Abl-Mitgliederversammlung. Abl-Geschäftsführer Georg Janßen hörte gespannt zu. Foto: Jasper

es vor allem um den Kampf gegen Erosion, den Erhalt der Qualität von Böden, Wasser und Landschaften. Es versteht sich von selbst, dass hierzu vom EU-Regelwerk vorgesehene Maßnahmen gehören können.

Der Vertrag wird vom Landwirt und dem Präfekten, dem Repräsentanten des Staates im Departement, unterzeichnet. Die Gesamtlaufzeit der CTE beträgt 5 Jahre. Finanziert werden die CTE durch die Modulation (s. Text oben), nationale Mittel, EU-Beihilfen zur Ländlichen Entwicklung. Für das Jahr 2000 sind 2 Mrd. FF (0,6 Mrd. DM) vorgesehen, davon 1 Mrd. durch

bundenen Beihilfen sollen in den CTE einfließen, möglicherweise auch die Junglandwirteförderung.

Der Abschluss eines Vertrages ist freiwillig und erfolgt zwischen Landwirt und Departement.

Aus gesellschaftspolitischer Sicht ist die wichtigste Wirkung der CTE, dass der Landwirt kein Almosenempfänger mehr ist, er wird vielmehr zu einem Partner, der für seine zum Nutzen der Gemeinschaft geleistete Arbeit eine Vergütung erhält. *Michel Ferret*

Landwirtschaftsattaché der Französischen Botschaft in Bonn. Stark gekürzter Beitrag aus dem Kritischen Agrarbereich 2000

# Landtechnik: Angebots-Konzentration und Großflächen-Landwirtschaft

Wenn die satellitengesteuerte Maschine von „Teilfläche“ zu Teilfläche rollt, droht die Vielfalt an Landmaschinen unter die Räder zu kommen

Tiefgreifende strukturelle Veränderungen im Verhältnis zwischen Landtechnik-Herstellern, Landtechnik-Händlern und Landwirtschaft prognostiziert der Branchen-Kenner Wolfgang Kutschenreiter in seinem jüngst erschienenen Buch „Brennpunkt Landtechnik“. Daraus lassen sich folgende Tendenzen ablesen:

Der Haupttrend in der Landtechnik geht derzeit in Richtung einer intensiven Großflächenbewirtschaftung. Angesichts einer gewaltigen Konzentration bei den Herstellern und immer komplexerer Technik-Systeme ist es ungewiss, ob die Angebotsvielfalt gewahrt ist, ob der Landmaschinenhandel als unabhängiger Partner der Landwirtschaft erhalten bleibt und ob es weiterhin ein Technik-Angebot für kleinere, extensive und ökologische Betriebe geben wird.

Die grundlegenden Aussagen des Buches im einzelnen: Unter dem Druck der Märkte und der Agrarpolitik driften die Agrarstrukturen auseinander, hin zu intensiverer Bewirtschaftung der „strukturstarken Regionen“ und zu extensiverer Bewirtschaftung „strukturschwacher Regionen“. In den Intensivregionen sei die Landwirtschaft gezwungen, die Arbeitskosten weiter zu senken, und zwar durch Flächenvergrößerung bzw. Senkung der Mechanisierungskosten.

## Teilflächenspezifische Bewirtschaftung

Kutschenreiter sieht beispielhaft folgende Rationalisierungsmöglichkeiten: Ersatz des Tiefpflugverfahrens durch bloße Bodenlockerung und Direktsaatverfahren, fahrerlose Technik, Gemeinschaftsnutzung von großer und komplexer Systemtechnik bzw. Arbeiterledigung durch Lohnunternehmen (bis hin zur kompletten Betriebsbewirtschaftung), teilflächenspezifische Bewirtschaftung innerhalb einer Großfläche durch satelliten- und sensorgesteuerte Dünger- und Pflanzenschutzausbringung. Bauern könnten ihre Einzelflächen behalten und dennoch als zusammenhängenden Großschlag bestellen, wobei der Arbeits-, Maschinen- und Betriebsmitteleinsatz jeder Fläche teilflächenspezifisch erfaßt und auf die Landwirte umgelegt werde.

## Konzentration in der Landtechnik-Industrie

In der Landtechnik-Industrie hat sich in den letzten 10 Jahren ein gewaltiger Konzentrationsprozeß vollzogen: Mischkonzerngliederung ihre Landtechniksparten

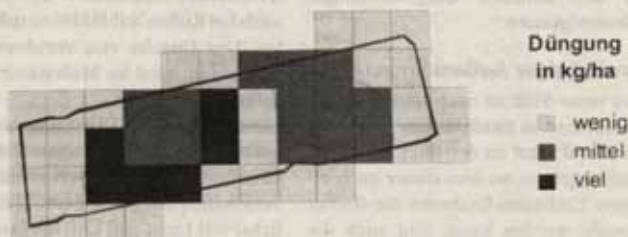
aus oder verkauften sie, andere Konzerne kauften systematisch Konkurrenzfirmen auf. Seit der Übernahme des deutschen Marktführers Fendt durch die US-Firma Agco gibt es hierzulande keinen unabhängigen Traktorhersteller mehr. So haben sich jetzt bei Traktoren und Erntemaschinen einige wenige internationale Konzerne durchgesetzt: Die vier globalen Anbieter John Deere, New Holland, Case und Agco sind klare Weltmarktführer bei Traktoren und Mähdreschern und bestreiten etwa 60 % des westeuropäischen Marktes (jetzt planen New Holland und Case eine weitere Fusion). Schritt halten können bei Mähdreschern und Erntemaschinen noch Claas sowie die Same/Deutz-Fahr-Gruppe, bei Spezialmaschinen auch Firmen wie Krone (Futterernte), Amazone (Pflanzenbau), Rauch (Ausbringungstechnik), Kverneland (motorlose Geräte), Lemken (Pflüge) oder Netagco (Kartoffeltechnik).

## Markt „3. Welt“

Die globale Präsenz wird immer wichtiger, weil der Bedarf an Landtechnik vor allem in den Entwicklungsregionen ansteigen wird, während die Märkte in Nordamerika und Europa stagnieren. Um weltweit alle Regionen spezifisch zu bedienen, gehen die Landtechnikhersteller immer mehr zu variablen Baukasten-Systemen über. Sie lassen Komponenten von Zulieferern (und auch Konkurrenten) herstellen und sehen ihre Hauptkompetenz darin, passende Technik-Systeme zu entwickeln, zu vermarkten und zu betreuen. Je komplexer die Technik wird, je mehr die Bewirtschaftung in Systemen verläuft, desto wichtiger werden Systemlösungen aus einer Hand bzw. die gegenseitigen Anpassungsmöglichkeiten von Techniksystemen verschiedener Anbieter. So ist denn laut Kutschenreiter auch der Landmaschinenfachbetrieb immer mehr als vorausdenkender „Systemlieferant“ und Betreuer des landwirtschaftlichen Kunden gefordert. Erst auf dem Hof des Fachbetriebes entstehe aus der Vielzahl der Landmaschinen-Sparten der unterschiedlichen Hersteller eine effiziente Verfahrenskette bzw. Problemlösung für die landwirtschaftliche Produktion. Die Ausgangslage für eine solche neue Rolle des Landmaschinenhandels ist aber eher schwierig, weil in den vergangenen Jahrzehnten die Vertragshändler zum verlängerten Arm bestimmter Hersteller gemacht worden sind. Offen ist, ob genügend Landtechnik-

Händler eine ausreichende Größe, Kapazität und vor allem Unabhängigkeit von bestimmten Herstellern erreichen werden. Besondere Bedeutung misst Kutschenreiter denn auch der Erhaltung einer Angebotsvielfalt bei den Herstellern bei, denn die sieht er durch die Konzen-

Die Bedienung der neuen Landtechnik hat mit dem alten Schaltknüppel nichts mehr zu tun. Die Computer an Bord haben das Sagen. Foto: DLG/Agritechnica



tration auf drei „global player“ ernsthaft bedroht. Vor diesem Hintergrund ist es eher fraglich, ob es zu der von Kutschenreiter erhofften „Wertschöpfungsgemeinschaft“ zwischen Herstellern, Handel und Landwirten kommt.

Von angepaßter Technik für extensivere und kleinere Betriebe ist im ganzen Buch nicht die Rede, schon gar nicht von spezieller Technik für kleinere Kulturen oder den Ökologischen Landbau. Aber das ist weniger eine Kritik an dem Buch, sondern eher eine Kritik an den vorherrschenden Trends, wie sie von interessierten Unternehmen und Agrarpolitikern gemacht werden. Hier liegen aber vielleicht auch Alternativ-Chancen für kleinere Hersteller.

Kutschenreiters Buch zeigt die herrschenden Landtechnik-Trends deutlich auf und gibt einen umfassenden und detaillierten Überblick über Marktanteile und Interna der großen Landtechnik-Anbieter. *en*

Die teilflächenspezifische Bewirtschaftung beruht darauf, dass Flächen in Raster (Teilflächen) aufgeteilt werden, zu denen viele verschiedene Daten wie Erntemengen, Nährstoffentzug, Düngemittel- und Pflanzenschutz mengen gespeichert werden, um mit den Daten die nächsten Arbeiten zu steuern. Abb.: DLG

## Zum Buch

Wolfgang Kutschenreiter: Brennpunkt Landtechnik. 224 S., zahlreiche Abb. und Tab., DLG-Verlag, 1999, 44,00 DM, zu beziehen über den ABL-Verlag

## Hörner tragende Kühe – auch im Laufstall

Erfahrungen zeigen, dass es geht. Was zu beachten ist, beschreiben zwei Betriebsberichte

**K**ühe mit Hörnern im Laufstall, das gilt allgemein als eine riskante Sache, denn die Gefahr ist groß, dass sich die frei bewegenden Kühe mit ihren Hörnern starke Verletzungen zuführen. Andererseits gehören die Hörner zur Kuh für Biobetriebe und schreibt die neue EU-Öko-Tierhaltungsverordnung vor, dass auf Dauer die Kühe

nicht mehr im Anbindestall gehalten werden dürfen. Erfahrungen aus der Praxis sind daher besonders gefragt. Im Rahmen eines Seminars über Erfahrungen mit Hörner tragenden Kühen in Laufställen haben wir zwei Betriebe im Allgäu besucht, die in Laufställen behornete Kühe halten: den Bioland-Hof von Beate und Hans

Mösle in Rohrsdorf bei Isny und den Demeter-Betrieb von Claudia und Dieter Schapke in der Nähe von Aunang bei Leutkirch. Von ihrer Größe her ähneln sich die Betriebe: 28 Kühe mit Nachzucht im Grünlandgebiet auf ca. 730 m NN (Mösle) bzw. 700 m NN (Schapke).



Das Seminar mit Exkursionen zu den beschriebenen Betrieben wurde vom Bioring Allgäu und von Demeter Bayern durchgeführt. ☎ 0831-22790

### Betrieb 1: Platz schafft Ruhe

**D**ie Familie Mösle konnte im Mai 1999 nach knapp einjähriger Bauzeit mit den Kühen in einen neuen Außenklimastall einziehen. Dabei galt von Anfang an: Die Hörner bleiben zunächst einmal dran; nur wenn es nicht funktionieren sollte, wird enthornt. Da der Stall jedoch außerordentlich geräumig ist (11-12 qm/Kuh derzeit, bei Vollbelegung 9-10 qm), kam es in der ersten Woche lediglich zu den üblichen Umgewöhnungsschwierigkeiten.

#### Großzügiger Außenklimastall

Der neue Stall ist nach Süden ausgerichtet und in zweihäusiger Bauweise im 90°-Winkel an den alten Anbindestall angebaut, so dass dieser nach einigen Umbaumaßnahmen für Kälber genutzt werden kann, und auch die Abkalbeboxen sollen hier untergebracht werden. Die Verlängerung des Altbäudes in östlicher Richtung bildet der einfach bestückte Doppel-5er Fischgrätenmelkstand. Nachdem es für Hans Mösle ganz wichtig war, nicht nur seinen Kühen einen verhal-

tengerechten Stall zu bauen, sondern auch sich einen angenehmen Arbeitsplatz zu schaffen, fiel die Entscheidung für diesen Melkstandtyp. Die Tiere gehen hier in Gruppen ein und aus, somit kühlt der Melkstand bei tieferen Temperaturen nicht so stark aus. Diese Überlegung ist durchaus nachvollziehbar, denn der Warteplatz befindet sich im Freien und ist lediglich überdacht. Nach Aussage des Betriebsleiters funktioniert das Melken auch bei Kühen mit Hörnern reibungslos. Um Unruhe von vornherein zu vermeiden, wird im Melkstand nichts gefüttert.

Der neue Stall mit 30 m Länge und insgesamt 26 m Breite ist eine Holzkonstruktion mit nicht isolierten und nicht verschalten Ziegeldächern. Um möglichst viel Licht und Luft ins Innere zu bekommen, wurde das obere Drittel der Ost- und Südseite mit Spaceboards, der der Westseite mit Windschutznetzen versehen.

Entlang der gesamten Ostseite befindet sich der 4 m breite Laufhof, der von den Kühen sehr stark genutzt wird, v.a.

### Betrieb 2: Unvorhergesehene Schwachstellen

**D**ieter Schapke, der bereits auf 5 Jahre Laufstallpraxis verweisen kann, kommt zu einem ähnlichen Fazit wie die Mösles, wenngleich ihn auch einige negative Erfahrungen dahin gebracht haben, denn sein Stall ist nicht so geräumig wie der von Mösles. Aufgrund einer etwas beengten Hoflage musste er sich bei den Ausmaßen etwas einschränken – pro Kuh bietet der Stall ca. 7-8 qm.

Der ehemalige Anbindestall wird als

Fressbereich gebutzt. Hier sind einige Schwachstellen zu finden. Die Parallelogramm-Fressgitter machen das Ein- und Ausschlüpfen für behornete Kühe schwieriger, vor allem wenn sie bedrängt werden und in Panik geraten. Dazu ist dieser Bereich mit 3,50 m schmal genug. Dieter Schapke berichtete denn auch von großen Anfangsschwierigkeiten. So gab es viele Schei-

Fortsetzung auf Seite 17

im Winter zum „Sonnenbaden“.

Der Kuhbereich bietet Platz für 36 Kühe. Auf der Jungviehseite gibt es dazu noch eine Box für 5 Trockenstehher. Ranghohe Kühe laufen jedoch während der Trockenphase des öfteren bei den laktierenden Tieren mit, da sie sich im etwas engeren Trockenabteil sehr ruppig benehmen, wenn sich dort gleichzeitig rangniedrigere Tiere aufhalten.

#### Beim Fressen fixiert

Der Fressbereich ist 4 m breit, damit die Tiere sich ohne Platzprobleme hinter fressenden Tieren aneinander vorbeibewegen können. Die Fressplatzbreite beträgt 80 cm/Kuh; gerade recht, wie Hans Mösle meint: Die einzelne Kuh hat so genügend Platz, um sich nicht von der Nachbarin bedrängt zu fühlen, andererseits stehen die Tiere eng genug, um ein Dazwischendrängen zu minimieren. Da die Kühe nach dem Melken zum Fressen eingesperrt werden, sind Drängeleien von vornherein reduziert. Die übrige Zeit ermöglicht es ein Palisadenfressgitter jeder Kuh, „im Notfall“ schnell den Platz zu verlassen.

Im 8 m breiten Liegebereich sind die BK-Tiefboxen (1,20 x 2,70 m) in zwei Reihen wandständig angeordnet. Ein

80 cm breiter „Fluchtgang“ vor dem Kopfkasten ermöglicht bei Bedarf ein Verlassen der Box nach vorne. Die Entmistung erfolgt durch Schieber. Der Gussasphaltboden führte in den ersten Wochen zu wunden Klauen. Inzwischen haben der Boden wahrscheinlich an Rauigkeit ab- und die Klauen an Härte zugenommen, so dass die Klauenprobleme verschwunden sind.

#### Durchgänge gut planen

Das wichtigste bei der Haltung von behorneten Kühen im Laufstall ist für Hans und Beate Mösle ein ausreichendes Platzangebot, da behornete Tiere eine größere Individualdistanz brauchen. Genauso wichtig ist es ihrer Meinung nach, die verschiedenen Bereiche zu trennen sowie dazwischen genügend Durchgänge zu schaffen. Diese Durchgänge sollten entweder so breit sein, dass zwei Tiere gut aneinander vorbeikommen, oder so eng, dass nur eine Kuh Platz hat. Außerdem ist es ihrer Meinung nach günstiger, anstelle einer großen Tränkemöglichkeit mehrere kleine zu schaffen. Das A & O ist jedoch die genaue Tierbeobachtung und ein ruhiger Umgang mit den Kühen. ew



Der luftige Laufstall der Familie Mösle mit sattten 11-12 qm/Kuh (l). Rechts ein Blick in den Liegebereich mit den BK-Tiefboxen.

Fotos: E. Waizenegger





Der Fressbereich auf dem Betrieb Schapke. Mit 3,50 m ist der Bereich relativ eng, und die Parallelogramm-Fressgitter machen das Ein- und Ausschlüpfen für behornnte Kühe schwierig. Daran mussten sich die Behornnten erst gewöhnen.

Fortsetzung von Seite 16

denverletzungen, die v.a. beim Zurücktreten der Kühe aus dem Fressgitter entstanden, wenn gleichzeitig eine andere Kuh querte. Inzwischen hätten die Kühe jedoch gelernt, mit diesen räumlichen Unzulänglichkeiten umzugehen, so dass diese Verletzungen nicht mehr auftreten, so Schapke.

#### Umbauter Innenhof

Direkt an die Westseite des Altgebäudes ist der sehr kompakte Lauf- und Ruhebereich angebaut. Der überdachte Holzbau umschließt von drei Seiten einen offenen Innenhof, so dass eine Art Atrium entsteht. An der Westseite und zum Teil auch an der Nordseite befinden sich die wandständigen Tiefboxen Marke Eigenbau (1,25 x 2,50 m). Die Rahmen der Boxen sind aus Holz, als seitliche elastische Querverbindungen dienen locker befestigte 20 cm breite Nylonbänder vom Schrottplatz. Die Entmistung des Laufhofes erfolgt mit einem Hoftrac, im Fressbereich von Hand: „Zweimal am Tag mit einem breiten Gummischieber einmal rauf und einmal runter – fertig“, sagt Schapke.

Die Südseite des sehr interessanten Anbaus bildet der Doppelzweier-Tandem-Melkstand. Als einzigen „Luxus“ leistete sich Dieter Schapke hier Lichtschranken an den Auslass-Türen. Im Melkstand wird Getreide und Kleegrascobs gefüttert, um die Kühe vor allem im Sommer leichter von der Weide zum Melken zu bringen, denn während der Weidezeit wird im Stall nicht gefüttert. Schapkes beweideten ca. 15 ha, sobald und so lange es die Wit-

terung erlaubt.

#### Alles selbst gebaut

Das Melken war überhaupt der Grund, warum Schapke sich schon sehr lange vor dem Neubau mit Laufstallgedanken beschäftigte. Da er als gelernter Zimmermann manchmal außerhalb arbeitet, sollte diese Arbeit für seine Frau einfacher werden. Vom Amt bekam er jedoch immer wieder zu hören, dass sein Betrieb für einen Laufstall doch zu sei. So entwarf den Neubau eben selbst und führte ihn auch komplett in Eigenleistung aus. Dabei entstanden sicherlich einige Schwachstellen, wie z.B. Sackgassen im Liegebereich oder die bereits erwähnten Probleme im Altbau; möglicherweise auch deshalb, weil einfach die Erfahrung noch fehlte. Die Tiere passten sich zwar mit der Zeit im Verhalten den vorhandenen Gegebenheiten an, dieser Prozess bedeutete aber sicherlich eine gehörige Portion Stress, nicht nur für die Kühe.

Dieter Schapkes Fazit über seinen Stall lautet denn auch: „Inzwischen kommen wir gut zurecht, mehr Platz wäre aber nicht schlecht.“

#### Schlussbemerkung

Grundsätzlich gilt für die Haltung von behornnten Tieren im Laufstall aber auf jeden Fall – das machten die Erläuterungen beider Betriebsleiter deutlich: Der Bauer muss seine Kühe sehr gut beobachten und sehr gut kennen und ruhig und ohne Nervosität mit ihnen umgehen. Letzteres sollte für einen Bauern sowieso nichts Neues sein.

Elisabeth Waizenegger



Sackgassen wie diese sollten vermieden werden, um gefährliche Panikreaktionen auszuschließen.

KURZES AM RANDE

#### Höhere Lebenserwartung bei Stroheinstreu

Eine 10-jährige Untersuchung am Insitut für Tierzucht und Haustierforschung der Uni Göttingen in Kooperation mit dem Osnabrücker Herdbuch eG hat ergeben, dass in Ställen mit Stroheinstreu die Langlebigkeit von Kühen deutlich höher ist als in einstreulosen Ställen. Untersucht wurde das Risiko des gesundheitsbedingten Abgangs von Kühen in Abhängigkeit vom Stallsystem. Bei den 43.116 untersuchten Kühen auf 548 Betrieben ergab sich folgendes Bild: Am besten schnitten der eingestreute Anbindestall sowie der Laufstall mit eingestreuter Tiefbox ab, am schlechtesten der Laufstall mit Gummimatte und Spaltenboden und der Anbindestall mit Gummimatte und Gitterrost. Im Mittelfeld landeten der Laufstall mit Stroheinstreu und Spaltenboden sowie der Laufstall mit Gummimatte, Einstreu und Spaltenboden. Die Forscher vermuten höhere Fundamentschäden und eine größere Mastitis-Gefahr im einstreulosen Stall. Im Bayerischen Landwirtschaftlichen Wochenblatt ziehen sie das Fazit: „In Laufställen sollte auf Einstreu nicht verzichtet werden, die Tiefbox schneidet gegenüber der Hochbox etwas günstiger ab. Dünne Gummimatten ersetzen die Einstreu nicht.“

#### Neue Anbaugerät-Steuerung prämiert

Auf der dänischen Landwirtschaftsmesse „agromek“ wurde ein neues dänisches Steuerungssystem für Maschinen und Geräte für das Säen und die Pflege von Reihensaat ausgezeichnet. Das System mit dem Namen ATC-System (Advanced Tool Control) besteht aus einem Steuerungsrahmen sowie einem „Vision-System“ mit Digitalkameras und einem Computer, der die Hydraulik im Steuerungsrahmen steuert. Das System sichert somit eine viel präzisere Steuerung für die Reihensaat als bisherige Maschinen und Geräte. Durch die exakteren Reihen werden die Möglichkeiten der mechanischen Unkrautregulierung verbessert und somit die Verwendung von Spritzmitteln reduziert. (Info: www.agromek.dk) pm

#### Kochen mehr im Trend als Fitness

Nicht Fitness und Wellness sind die aktuellen Megatrends, sondern vielmehr Kochen und Computer. Wie eine Studie des Bielefelder Instituts für Sozialforschung und Kommunikation ergeben hat, stehen Nahrungsmittel und Kochen, Haus und Garten sowie Medizin und Therapien ganz oben auf der Beliebtheitskala. Von 2000 Männern und Frauen im Alter zwischen 14 und 60 Jahren wollten die Wissenschaftler wissen, für welche Themen und Produktgruppen sie sich besonders stark interessieren. Während bei den Befragten zwischen 14 und 29 Jahren der Computer Vorrang hat, bezuzogen die 30- bis 39-jährigen eindeutig Nahrungsmittel und Kochen sowie Haus und Garten. Nur ein Viertel der Befragten interessierten sich besonders für das Thema Fitness und Wellness. pm

#### Kartoffelschalen-Gedichte

Wenn man Kartoffeln gekonnt schält, dann entstehen lange zusammenhängende Streifen, die unterschiedlich schmal oder breit sind. Dem belgischen Künstler Wim Delvoye fiel auf, daß diese Schalen-Reihen der arabischen Schrift ähneln. Und so ordnete er die Kartoffelschalen so an, daß sie als Gedichte in arabischer Sprache zu lesen waren. Zum Beispiel: „Ich fühle immer noch Deine Lippen auf meinen brennen. Wie habe ich nur so ein reines und schönes Mädchen verdient.“ Ursprünglich sollten die Kartoffelschalen-Kunstwerke im belgischen Nationalparlament aufgehängt werden. Dazu kam es nach Angaben der Kunstzeitschrift „Art“ nicht, weil die Politiker eine gedankliche Verbindung zu arabischen Einwanderer- und Minderheitenproblemen befürchteten. en

#### Produkte aus dem Bayerischen Wald

Ein neues, eigenes Logo für Produkte aus dem Bayerischen Wald haben jüngst sechs Landkreise aus dem Bayerischen Wald vorgestellt. Trägerin des Logos ist die Bayerwald Marketing GmbH, in der sich die sechs Landkreise organisiert haben. Vergeben werden soll das Zeichen nun für Produkte, die „ausschließlich im Bayerischen Wald vollständig hergestellt worden sind und zugleich einem vorgegebenen Qualitätsstandard entsprechen“. pm

## Leserbriefe

### Verantwortung gegenüber den Zwangsarbeitern

Zur Debatte um die Entschädigung von Zwangsarbeitern in der Landwirtschaft

Gespräche mit Bauern und Bäuerinnen der älteren Generation über die Problematik der Zwangsarbeiter führen, wenn das Thema nicht sofort geschnitten wird, oft zu dem Punkt, an dem es heißt: Die Zwangsarbeiter hätten zwar ein trauriges Schicksal gehabt, auf dem eigenen Hof aber ging es ihnen gut und man hätte sich des öfteren über die strengen Regelungen des NS-Regimes hinweggesetzt. Wurden sie dennoch schlecht behandelt, so war dies auf anderen Höfen der Fall.

Wahrscheinlich ging es vielen Zwangsarbeitern in der Landwirtschaft, bedingt durch das persönliche Umfeld, tatsächlich besser als anderen, die in der Industrie oder im Bergbau tätig waren. Außerdem fehlten auf vielen Höfen aufgrund des Einzugs der Männer zum Kriegsdienst Arbeitskräfte, so dass die Hilfe der Zwangsarbeiter als notwendig empfunden wurde, um die tägliche Arbeit zu bewältigen.

Dennoch bleibt für mich die Frage offen, ob mit diesen Rechtfertigungen und Entschuldigungen tatsächlich die Frage der Verantwortung und der Schuld für die Landbevölkerung gegenüber dem Schicksal der Zwangsarbeiter beantwortet ist.

Auch den aus Osteuropa nach Deutschland verschleppten Zwangsarbeitern ist ein tiefes Unrecht widerfahren. Sie sind von einem System ausgebeutet worden, dessen Ideen in einem Rassendenken gründeten, das den Osteuropäern jegliche Existenzberechtigung absprach und womit deren unmenschliche Behandlung gerechtfertigt wurde.

Und es gibt die Bilder von kahl geschorenen Frauen und zu Tode verurteilten Zwangsarbeitern, die durch die Dorfstraße geführt wurden, weil sie beschuldigt wurden, eine Beziehung eingegangen zu sein, und auch andere Bilder, an denen das Unrecht und die Gewalt dieser Zeit deutlich werden.

Sie gleichen sich in einem Punkt sehr häufig, dass nämlich im Hintergrund Menschen zu sehen sind, die diesen Ereignissen tatenlos zuschauen.

Letztlich konnte der Nationalsozialismus seine Gewalt nur deshalb so lange und in der Härte ausführen, weil die damalige Bevölkerung dieses – wenn nicht mitgemacht, so doch wenigstens geduldet hat. Aus heutiger Sicht ist es zum Teil unverständlich, wie einfach es den Nationalsozialisten gemacht wurde, wie leicht die Menschen sich haben einschüchtern und einspannen lassen. Damals mag eine existenzielle Angst, sich gegen dieses Regime zu wehren, unmittelbar vorhanden gewesen sein. Dennoch ist es unbestreitbar, dass im „Dritten Reich“ den Zwangsarbeitern von Deutschen Unrecht widerfahren ist, und das auch in der Landwirtschaft, wodurch eine Verantwortung gegenüber diesen Menschen und deren Schicksal besteht. Um dies anzuerkennen, halte ich es für richtig und notwendig, dass auch die Landwirtschaft sich an dem Entschädigungsfonds beteiligt.

Ludger Weiligmann,  
42553 Verlbert-Neuiges

### Häuptling gespaltene Zunge, Gerd Sonnleitner

Zu „Nicht Entlastung der Sozialkassen, sondern Agrardiesel“ in *Bauernstimme* 2/2000

Verfolgt man die Aussagen von Herrn Sonnleitner in den letzten Wochen zur Ökosteuer, so stellt man fest, dass er mit zwei Zungen spricht. Seine Äußerungen als Präsident des Bayerischen Bauernverbandes (BBV) widersprechen völlig denen, die er als Präsident des Deutschen Bauernverbandes (DBV) macht. Als BBV-Präsident vertrat er die Meinung, dass der Ausgleich für die Ökosteuerbelastung zur Senkung der Kosten in den landwirtschaftlichen Sozialversicherungen Verwendung finden sollte (siehe *Bay. Wochenblatt* 3/2000, S. 10). Als DBV-Präsident hingegen kämpft er seit Wochen dafür, dass der Ausgleich bei der Dieselverbiligung für die Betriebe erfolgt, die über der gerade neu eingeführten Obergrenze von 3.000 DM Rückvergütung pro Betrieb liegen (*Bay. Wochenblatt* 3/2000, S. 11).

Der Sinn der von der Bundesregierung eingeführten Ökosteuer liegt ausschließlich darin, die Energie zu verteuern, um mit den Einnahmen die

Rentenbeiträge zu senken. Die bäuerlichen Familienbetriebe bekommen im Vergleich zu anderen Branchen aber kaum etwas von der Ökosteuer zurück, da sie als Selbstständige nicht in der gesetzlichen Rentenkasse sind. Nach unabhängigen Berechnungen macht die Überbelastung der Landwirtschaft 900 Millionen DM aus, die voll und ausnahmslos den Familienbetrieben zurückgegeben werden müssen.

Denn die Großbetriebe zahlen einerseits bei der Ökosteuer nur den ermäßigten Steuersatz (20 %), bekommen aber, da sie mit Fremdarbeitskräften arbeiten, die volle Entlastung bei den Sozialkosten (Renten) – sie bekommen in der Regel mehr zurück als sie bezahlen.

Schon bei der Haushaltssanierung hat die Bundesregierung die Lasten fast allein den kleinen und mittleren Familienbetrieben aufgebürdet. Für diese Bauernhöfe erhöhen sich im Rahmen der Sparbeschlüsse die Beiträge zur Alterskasse im Jahr um ca. 4.000 DM, während die hochsubventionierten Großbetriebe überhaupt keine Belastung zu tragen haben. Als „Ausgleich“ für die hohen Belastungen im sozialen Bereich wird die Dieselsteuer im Jahr 2000 bis zu einer Höhe von 3.000 DM weiterhin zurückerstattet. Von der sich nun abzeichnenden Verwendung der Ökosteuer für einen neuen Agrardiesel (dann wieder ohne Obergrenze von 3.000 DM) haben die Familienbetriebe keinen Vorteil, das Geld käme allein den Großbetrieben zugute. Solange Herr Sonnleitner bayerischer Verbandspräsident war, hat er hervorragende Arbeit geleistet. Seit er auch deutscher Verbandspräsident ist, ist offensichtlich im Bauernverband niemand mehr da, der die Familienbetriebe vertritt.

Rommelberger Andreas,  
Altöttinger Bauerngruppe,  
84508 Burghirchen/Alz

### Konzerne für „Unser täglich Brot“?

Zu *WTO, Hormonfleisch und Saatgut-Konzernen*

In den bald wieder einsetzenden Gesprächen über das Welthandelsabkommen der WTO stehen die Belange der Agrarwirtschaft zur Disposition. Z.B. soll das Fleisch von mit Hormonen behandelten Tieren aus den USA auch in Europa verkauft werden können. Obwohl wir Europäer dies nicht wollen, ist die WTO in der Lage, Sanktionen gegen die EU zu beschließen und den USA zu erlauben, den Export aller Wirtschaftsgüter aus Europa zu boykottieren.

Fortsetzung Seite 19

Neues vom

# Feld der Ähre.

Berichte aus Landwirtschaft  
und Forsten, aus Umwelt  
und Natur.  
Montags - freitags 11.35 Uhr,  
samstags 11.50 Uhr.

**Deutschlandfunk**

Das Informationsprogramm

## 7.500 Hektar und mehr

Eine Liste über die „Größten“ unter den Landeigentümern

Die größten Grundeigentümer Deutschlands hat kürzlich die „Wirtschaftswoche“ aufgelistet. Demnach verfügt die evangelische Kirche über 350.000 Hektar Grundeigentum, davon 270.000 ha landwirtschaftlich genutzt. Als „größten Landwirt Deutschlands“ titulierte die Wochenzeitung die zum RWE-Konzern gehörende Tochterfirma Rheinbraun AG. Das Braunkohleabbau-Unternehmen besitzt demnach 7.500 ha landwirtschaftliche Flächen, von denen 2.000 ha auf 4 eigenen Höfen selbst bewirtschaftet werden. Zu den Großagrariern zählt die Wirtschaftswoche auch ostholsteinische Agrarbetriebe, die mit einer Fläche von rund 1.000 ha schon zu den „bäuerlichen Giganten im Westen“ zählten und nach der Wende durch Zukäufe billiger Acker-

flächen in den neuen Ländern in die LPG-Größenordnungen hineinwuchsen. Auch zahlreiche ehemalige Eigentümergemeinschaften der ehemaligen LPGen bzw. der verbleibenden Anteilscigner an deren Nachfolgeunternehmen (die bis zu 10.000 ha bewirtschaften) verfügen laut Wirtschaftswoche über ein Eigentum von „2.000 Hektar Acker und Wiese und mehr“.

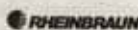
### Südfleisch, Löblein u.a.

Die Wirtschaftswochen-Auflistung ist sicherlich bei weitem nicht vollständig: Bekannt sind zum Beispiel die landwirtschaftlich genutzten Eigentums- und Pachtflächen der Südzucker AG (über 14.000 ha), des Schlachthof- und Fleischfabrikanten Löblein (7.500 ha), des Legenhennen-Unternehmens Wagner-Wimex in Sachsen-Anhalt (7.000 ha), des Kartoffelproduzenten Stöver (6.500 ha Eigentums-, Pacht- und Vertragsflächen), des Getreidehändlers Osterhuber (Ferdinandshof/Vorpommern mit 7.000 ha) und des Agrarindustriellen Paul Schockemöhle (weit über 2.400 ha). Daneben ist der Domänen- und Landbesitz vieler Bundesländer und Großstädte zu nennen. Die Stadt Berlin betreibt zum Beispiel in ihrem Umland mit ihren zehn Stadtgütern auf 22.000 Hektar Landwirtschaft mit 18.000 Rindern. Die 6.000 Milchkühe (43 Mio. kg Quote) werden vorwiegend in alten DDR-Großanlagen gehalten. Das Land Hessen besitzt laut Frankfurter Rundschau 370.000 ha Land (davon sind allerdings 93,5 % Wald). Einen großen Umfang dürfte schließlich auch der Landbesitz der katholischen Kirche einnehmen. *gf*

### Wir haben Erfahrung



mit über 70 Jahren erfolgreiche Südkornzucht



Als „größten Landwirt Deutschlands“ hat die Wirtschaftswoche die RWE-Tochter Rheinbraun AG titulierte. 7.500 ha gehören dem Braunkohle-Unternehmen, von denen 2.000 ha auf 4 eigenen Höfen selbst bewirtschaftet werden.

Fortsetzung von Seite 18

Im Getreidebau gibt es ebenfalls Neuerungen mit weltweiter Auswirkung. Das Saatgut der Landwirte wurde über Jahrtausende „domestiziert“ und zur Nutzpflanze gezüchtet. Durch die Errungenschaften der Wissenschaft ist die genetische Bauweise analysiert und angeblich verbessert worden. Diese Verbesserungen wurden patentiert und gehören jetzt einigen Chemiekonzernen. Um die Forschungs- und Entwicklungskosten und schließlich den Gewinn zu sichern, sind seit letztem Jahr Nachbaugebühren zu entrichten. Die Multikonzerne werden in

Zukunft ihre Pflanzen so auf dem Weltmarkt verkaufen, dass kein Nachbau mehr möglich ist, weil sie die Keimfähigkeit wegmanipulieren.

Durch die weltweit falsche Agrarpolitik wurde unsere Ernährung in die Hände von Konzernen gelegt. Nur das Festhalten an der Erde und die Nutzung der Natur ist unsere letzte Chance, um nicht eines Tages an einen Konzern die Bitte zu richten: „Unser täglich Brot gib uns heute“.

Walter Hinrichs, RME - Regionale Milcherzeuger, 74747 Ravenstein-Merchingen

## Du lieber Fortschritt

Ich bin ein noch junger Landwirt und möchte – materiell und ideell – noch lange in einem bäuerlichen Umfeld leben. Als Junglandwirt müsste ich eigentlich sagen, dass ich weiterhin wettbewerbsfähig bleiben will, dass ich deshalb zukünftig Kosten senken muss und meine Stellung am Markt noch ausbauen möchte. „Unternehmer muss man sein“, sagen ja die jungen Menschen in meiner Branche und klopfen sich dabei oft innerlich selber auf die Schultern. Meistens sagen das jedoch diejenigen, die meinen, entweder selbst den Schritt zum Agrarunternehmer schon hinter sich zu haben, oder sicher sind, es locker zu schaffen. Ist man erst einmal Unternehmer, so kann man fortan pausenlos stolz sein auf das, was man alles leistet – zumindest solange man Erfolg hat.

Von solchermaßen stolzen Mitmenschen höre ich immer wieder: „Wir brauchen mehr Unternehmer und weniger Unterlasser.“ Ich weiß natürlich, dass es einer geplagten Menschenseele sehr gut tun kann zu sehen, wie stark und geschickt und leistungsfähig der dazugehörige Mensch doch ist. Aber so recht einleuchten will mir das Gerede nicht. Es zeugt von einer Fortschrittsgläubigkeit, die schon beachtlich ist. Und es passt übrigens nur zu gut in die Rezepte, aus denen die Reformen der

EU-Agrarpolitik in der Vergangenheit gestrickt waren: die Betriebe müssen immer weiter wachsen. Durch das Wachstum der Betriebe und die fleißige Anwendung des technischen Fortschrittes kann dann der Bauernverband seine Statistik darüber, wieviel Menschen von einem einzigen Landwirt ernährt werden, jedes Jahr ein wenig nach oben schrauben. In den fünfziger Jahren waren es meines Wissens ca. 10 Menschen, heute sind es 110! Von unserer berufsständischen Vertretung wird diese Zahl dann auch so propagiert, als ob wir Bauern in den letzten 40 Jahren auch tatsächlich zehnmal fleißiger geworden wären. Die müssen wirklich ganz schön faul gewesen sein damals unsere Eltern.

Es ist wohl eher der Einsatz von Technik und anderen Hilfsmitteln, der die Arbeitsproduktivität steigen ließ. In der Statistik müsste man deshalb auch berücksichtigen, dass mittlerweile auch die Arbeiter am Band einer Schlepperfabrik unverzichtbar sind für diese große Produktivität von uns Landwirten. Genau genommen ernährt also ein Beschäftigter der Landmaschinenindustrie vielleicht auch etwa 20 von den 110 Menschen, die ich eigentlich alleine ernähren wollte, ganz zu schweigen von der Düngemittelindustrie oder der Petrochemie...

Es ist vielleicht nur so eine Art Glaube von mir, aber ich glaube eben daran: Eine Sache, die Vorteile hat, die hat immer auch Nachteile. Und die Nachteile wiegen die Vorteile immer nahezu wieder auf: unmittelbar oder räumlich oder zeitlich versetzt. Im Endeffekt kommt wenig dabei heraus, es gleicht sich fast alles aus. Und bei einem Fortschritt an einer Stelle wird an anderen Stellen dieser Welt dafür bezahlt – nur im günstigsten Fall von den Nutznießern des „Fortschrittes“ selbst.



aus Schwaben

Ein Bauer (23 Jahre) erzählt ...

## LESE-BUCH

## TIP

## Fendt-Chronik

Die Entwicklung vom ersten selbstfahrenden Grasmäher aus den 20er Jahren und vom „Dieselross“ bis zum Großschlepper mit stufenlosem Vario-Getriebe beschreibt anschaulich ein Buch über die Geschichte der Fendt-Traktoren. Die Unternehmensgeschichte bis zur Übernahme von Fendt durch den Agco-Konzern (Massey-Ferguson) im Jahre 1996 wird zwar durchweg recht unternehmenskonform dargestellt – trotzdem lassen die vielen Originalphotos ein lebendiges Bild der landtechnischen Stationen entstehen und sind Anlass zum Rückblick und zum Erinnern, an Klaus Hermann, Die Fendt-Chronik, 188 S., BLV-Verlag München, 1999, 49,90 DM.

## Materialien zur Landwirtschaft

Zahlreiche nützliche Karten, Graphiken, Tabellen und Informationen enthalten zwei Hefte der „Vechtaer Materialien zum Geographieunterricht“ zur Landwirtschaft in Deutschland und in Europa. Bezogen auf Agrarbereiche wie Getreide, Zucker, Milch, Schweine- und Geflügelhaltung finden vor allem Lehrer viele brauchbare Unterlagen für den Unterricht, darunter auch Materialien zur agrarindustriellen Entwicklung. Kritische Fragen zu Tier- und Umweltschutz werden zwar mit behandelt, jedoch oft zu kurz und zu unkritisch. Die Aussagen zur Zukunft der bäuerlichen Betriebe, des ökologischen Landbaus oder zur EU-Agrarpolitik bleiben leider völlig auf der Linie der herrschenden Landwirtschaftspolitik und blenden deshalb wichtige Aspekte aus: z.B. die Ausrichtung der Marktordnungen auf die Interessen der Verarbeitungs- und Exportunternehmen, die fehlende Ausrichtung der Agrarpolitik auf den Binnenmarkt und auf regionale Märkte. Diese Ansätze sollten bei einer Neuauflage gleichrangig behandelt werden, an

Vechtaer Materialien zum Geographieunterricht: Heft 3, Die Landwirtschaft in Deutschland, 276 S., Heft 7, Die Landwirtschaft in Europa, 256 S.; jeweils 25 DM zzgl. Versandkosten. Bestellung bei: Hochschule Vechta, ISPA, Postfach 1553, 49364 Vechta

## Aus Teufels Topf: Industriernahrung

Der Erfolgsautor von „Die Suppe lügt“ entlarvt auch in seinem neuen Buch die „neuen Risiken beim Essen“, die durch die Globalisierung und die Industrialisierung unserer Nahrungsmittel entstehen. Grimm reiht unzählige Skandale und Fehlentwicklungen aneinander: – aggressiv gewordene Keime, die durch Massentierhaltungsanlagen, lange Transportwege und haltbar gemachte Fertigprodukte gefördert werden; – Vitaminwüsten, Mangelernährung und Krankheiten durch Industriernahrung; – unvorhergesehene Gesundheitseffekte durch Gentechnik und hormonell wirkende Stoffe; – all das kaschiert durch bunte Werbebotschaften der Lebensmittelkonzerne und durch industriennahe Wissenschaftler. Grimms Fazit: „Die Industrialisierung der Nahrungsmittelproduktion ist an einem Punkt angelangt, wo sie nicht nur ständig neue Nahrungsmittel, sondern auch immer neue Gesundheitsrisiken produziert.“ Grimm plädiert für einen Lebens- und Essstil, der resistent ist gegenüber den Lockvogelangeboten der Supermarktkultur, für kurze Kreisläufe unverfälschter Lebensmittel, die gesund sind und schmecken. Und beim Einkaufen erinnert er an den Grundsatz: „Was nichts kostet, ist nichts wert.“ an Hans-Ulrich Grimm, Aus Teufels Topf, 302 S., Klett-Cotta Stuttgart, 1999, 39,80 DM

## Ausgeträumt, aber nicht ohne Visionen ...

Jetzt ist sie lieferbar: die Dokumentation der Witzenhäuser Konferenz „Ausgeträumt, aber nicht ohne Visionen – die Zukunft des ökologischen Landbaus“ (s. Bauernstimme 2/2000, S. 12). Abgedruckt sind die Referate und Zusammenfassungen der jeweiligen Diskussionen und Zukunftswerkstätten. 126 Seiten (DIN A 4), 15,00 DM, zu beziehen beim Verein zur Förderung der Lehre im ökologischen Landbau, Nordbahnhofstr. 1a, 37213 Witzenhäuser, ☎ 05542-981598

**Postkarten aus Gorleben**  
Postkartenblöcke mit aussagekräftigen Portraits von Bauern und Bäuerinnen der Bäuerlichen Notgemeinschaft Lüchow-Dannewitz...  
18 Karten, 10,00 DM, zu beziehen über den ABL-Verlag



**BÄUERLICHE NOTGEMEINSCHAFT**

## „Zum Nachtisch, bitte, eine Ochsenschwanzsuppe“

Eine Buchbesprechung, die über den Teller auf die Gesellschaft und deren Wünsche blickt

Sie essen das, was Ihnen schmeckt. Richtig. Ochsenschwanzsuppe ist eine Delikatesse. Auch richtig. Aber warum eigentlich keine Ochsenschwanzsuppe zum Nachtisch? Oder ein Schokoladenpudding als Vorspeise? Und würden Sie Ihrer Erbtante ein Mikrowellen-Ragout fin zum Abendessen kredenzen, Ihrem Chef einen schlichten Linsenbrei? Oder würden Sie ihm ein fünfgängiges Menü mit Hummer und Kaviar vorsetzen?

Ältere Leute verabscheuen in der Regel die Lieblingsgerichte der Jugend: Pommes mit Ketchup. Einfachere Leute sind meist keine Liebhaber von japanischen Sushi-Gerichten. Bratwurst und Sauerkraut ist ein köstliches Gericht, anstelle von Kaffee und Gebäck während einer Geschäftsbesprechung serviert, würde es befremdlich wirken. Kulturanthropologen wie Lévi Strauss und Mary Douglas haben die Speisevor-



Sag mir, wie Du isst, und ich sag Dir, wer Du bist...

Foto: Jasper

Wenn wir Mahlzeiten gestalten, so heißt das nicht nur kochen, sondern auch eine Gemeinschaft, eine Tischgemeinschaft zu etablieren. Es geht um Prestige, um Lob, um Beeindrucken und um die Rolle von Gast und Gastgeber, schlicht: um die Gestaltung der richtigen Botschaft, die man durch Essen vermittelt. Das ist die Kernaussage von Helene Karmasins Abhandlung über „Die geheime Botschaft unserer Speisen“. Essen ist eine Sprache, so die Leiterin des Institutes für Motivforschung in Wien, eine nonverbale Sprache ähnlich der unserer Bekleidung, unserer Möbel und anderer Produkte. Sie ist eben die Sprache unserer Küche. Bedeutungen haben nicht nur die Produkte wie Fleisch, Zucker, Mehl selbst, sondern auch die Art und Weise der Essenszubereitung, der Zusammenstellung, des Servierens und des Ambientes.

## Ein gutes Essen

„Das war ein gutes Essen“ – das kann in unterschiedlichen Kulturen, selbst in unterschiedlichen Regionen Deutschlands und in unterschiedlichen sozialen Schichten und Altersgruppen ganz anderes bedeuten. In Afrika serviert man dem hochstehenden Gast ein Alltagsgericht, aber in Unmengen. In der europäischen Hochküche hingegen wird die Wertschätzung des Gastes u.a. durch die Speiseabfolge ausgedrückt, z.B. durch ein fünfgängiges Menü.

Ältere Leute verabscheuen in der Regel die Lieblingsgerichte der Jugend: Pommes mit Ketchup. Einfachere Leute sind meist keine Liebhaber von japanischen Sushi-Gerichten. Bratwurst und Sauerkraut ist ein köstliches Gericht, anstelle von Kaffee und Gebäck während einer Geschäftsbesprechung serviert, würde es befremdlich wirken. Kulturanthropologen wie Lévi Strauss und Mary Douglas haben die Speisevorschriften von Naturvölkern beschrieben und sie in einen Bezug zu den Denkwelten dieser Gesellschaften gesetzt. Helene Karmasin hat sich unter diesem Blickwinkel unsere westlichen Gesellschaften angeschaut und kommt zu erstaunlichen Beobachtungen: Auch bei uns spiegelt das Essen die Vorstellungen wieder, die wir von uns und der Gesellschaft haben. Es sind daher eine Vielzahl an Küchenstilen zu beobachten, die allesamt ihre eigenen Regeln haben: die Hochküche oder das Festtagessen, das Staatsbankett, das Geschäftsessen, das Kantineessen, die Eisdiele und McDonald's. Sie haben alle ihre eigenen Regeln. Jeder von uns bewegt sich in vielen Küchenstilen und doch sind sie in den gesamten Lebensstil einer Person eingebettet, und dieser Lebensstil ist Ausdruck einer bestimmten Kultur.

## Und der Bauer?

Und hier sind wir auch schon beim Thema, das sich uns bei unserer Arbeit immer wieder stellt: Wie kann der Markt für Bio-Produkte, der Markt für Qualitätsprodukte aus der Region, direkt vom Erzeuger, wie können diese Märkte erweitert werden? Wie müssen wir werben, auf Verbraucher zugehen? Welche Botschaften sollen wir ihnen vermitteln? Helene Karmasin, selbst in der Marktforschung für Unternehmen der Ernährungsindustrie praktisch tätig, gibt in ihrem Buch ganz

praktische Hinweise. Ausgehend von den Erkenntnissen der Soziologen, dass die Gesellschaft heute in Gruppen einzuteilen ist, die Menschen bestimmten Typen zuzuordnen sind, definiert Karmasin, im Rückgriff auf die „Cultural Theory“ von Mary Douglas, vier „Unterkulturen“: die hierarchische, die individualistische, die egalitäre und die fatalistische:

– Die hierarchische Kultur / Typ „Bürokratie“: Die Gruppe hat großes Gewicht, es existieren viele Regeln und Einschränkungen des Verhaltens. In hierarchischen Kulturen hat jeder seinen Platz, aber die Menschen werden nicht als gleich betrachtet. Bürokratien, aber auch das Militär funktionieren nach diesem Prinzip, auch traditionelle Familien sind hier zuzuordnen. Autorität und Kontrolle sind von zentraler Bedeutung, Tradition, Ordnung, Bewahrung.

– Die individualistische Kultur / Typ „Markt“: Der Einzelne hat großes Gewicht, es gibt wenig Regeln. Diese Kultur nimmt genau die entgegengesetzte Haltung ein: Das Individualwohl steht über dem Gemeinwohl. Die Ansprüche des Individuums sollen so wenig wie möglich eingeschränkt werden. Jeder hat dieselben Chancen und schafft sich seinen Platz in der Gesellschaft, es herrscht uneingeschränkter Wettbewerb. Das Modell ist der Markt. Die Werte sind Leistungsbeurteilung, Innovation und Mobilität sowie Risikobereitschaft.

– Die egalitäre Kultur / Typ „Clan“: Die Gruppe hat ein hohes Gewicht, man setzt sich deutlich gegen die soziale Umwelt ab, und zwar mit einer moralischen Argumentation.

– Die fatalistische Kultur / Typ „Isolierte“: Es existiert keine Integration in eine Gruppe, der Einzelne ist aber starken Re-

gelungen unterworfen.

In jeder Gesellschaft sind alle vier Kulturen vertreten, wenn auch mit unterschiedlichem Gewicht. Für jede bedeutet Konsum etwas anderes: Die Mitglieder der individualistischen Kultur sind konsumfreundlich, Markenware und auch Luxus sind von Bedeutung. In der hierarchischen Kultur wird Wert auf Tradition, auf Sicherheit gelegt. Die egalitäre Kultur schwört auf innere Werte, die Produkte müssen moralisch angemessen erscheinen und sich von den Produkten der anderen abheben: regional, nicht fremd, nicht industriell, ohne Tierversuche...

### „Natur“ positiv

Daraus und aus den in der Werbung üblichen Verkaufsstrategien für „Natur“ ergeben sich unterschiedliche Strategien für den Verkauf bäuerlich-traditioneller und/oder ökologisch erzeugter Produkte. Im Kritischen Agrarbericht 2000 gibt Helene Karmasin dazu einen ersten Hinweis: „Ich glaube aber, dass in Zukunft sehr wohl der Wunsch nach authentischen Produkten entstehen wird, nach Produkten, die man an einen Ursprung zurückverfolgen kann. Sie müssen allerdings in Form einer Marke auftreten und sie dürfen Natur nicht als Protest gegen die Gesellschaft verkaufen, sondern als eine ganz spezifische Konzeption des Wünschenswerten: als Natur, die sich mit dem höchsten Genuss verbindet; als Natur, die schmeckt“.

Andrea Fink-Keßler

Literatur: Helene Karmasin: Die geheime Botschaft unserer Speisen. Kunstmann, München 1999. Helene Karmasin: „Von Mutter Erde auf Muttis Tisch“. Was Natur für uns bedeutet. In: Landwirtschaft 2000. Der kritische Agrarbericht. Agrarbündnis (Hrsg.), S. 302-305. Beides zu beziehen über den ABL-Verlag.

## Bestellcoupon zum Nachschick

Ich bestelle:

... Expl. Der kritische Agrarbericht 2000 für 38 DM \_\_\_\_\_ DM

... Expl. der folgenden Ausgaben des kritischen Agrarbericht '93 bis '99 zum Sonderpreis im Paket: \_\_\_\_\_ DM

(2. Ausgaben 60 DM; 3. Ausgaben 80 DM; 4. Ausgaben 100 DM; 5. Ausgaben 110 DM; 6. Ausgaben 120 DM; 7. Ausgaben 130 DM; 8. Ausgaben 140 DM)

... Expl. Hof Thomsteeg, 28 DM \_\_\_\_\_ DM

... Expl. Die andere Eroberung, 26 DM \_\_\_\_\_ DM

außerdem:

\_\_\_\_\_  
 \_\_\_\_\_  
 \_\_\_\_\_

Zahlung  nach Erhalt der Rechnung  mit beiliegendem Scheck

Ich erteile eine Einzugsermächtigung zu Lasten meines Kontos

Porto S. - DM  
 Summe DM

Konto-Nr. \_\_\_\_\_ BLZ \_\_\_\_\_ Bank \_\_\_\_\_

Name \_\_\_\_\_ Adresse \_\_\_\_\_

Datum \_\_\_\_\_ Unterschrift \_\_\_\_\_

Bestellung an: ABL Bauernblatt Verlag-GmbH, Marienfelderstr. 14, 33378 Rheda-Wiedenbrück

## LESE-BUCH

## TIP

### Hof Thomsteeg

Erzählung von Gerhard Schepper

Die „Elbe-Jetzel-Zeitung“ schreibt:

„Packend und mitreißend erzählt Schepper das Schicksal der Bauernfamilie Thomsteeg in der Wesermarsch, die ihren Hof in nur drei Generationen von einer Fischerhütte am Wasser zum besten Betrieb des Dorfes hinterm Deich aufbaut.“

Da gibt es den Altbauern, der in zwei Kriegen die graue Leutnantsuniform getragen hat und sich weigert, mit den geschneigten Braunhemden der Umgebung gemeinsame Sache zu machen; der sich laut und deutlich gegen die Führerschaft der NSDAP in den landwirtschaftlichen Organisationen ausspricht und der als einziger im Dorf die enteigneten und neu verteilten Flächen eines jüdischen Gutsbesitzers nicht annimmt. Der Hof brennt ab, womöglich Brandstiftung. ...“



Der Autor Gerhard Schepper bei einer Lesung

Bei den bisher durchgeführten Lesungen mit dem Autor Gerhard Schepper haben die Buchkapitel über diese Zeit jedesmal Erinnerungen wachgerufen und Diskussion ausgelöst. Die Erlebnisse „von damals“ scheinen noch lange nicht verarbeitet und vergessen zu sein.

Doch die Erzählung geht weiter. Der Hof wird wieder aufgebaut und wächst – auf Anraten der Berater. Eine Zeitlang stehen 48 Kühe im Stall. Die Arbeit wächst der Familie über den Kopf. Bald stirbt die Bäuerin. Der Bauer ist alleine und schafft – wieder den Empfehlungen der Berater folgend – die Kühe ab. Dann kommt die Milchquotenregelung und es beginnt ein langer, zermürbender Kampf vor den Gerichten unseres Rechtsstaates...

„Hof Thomsteeg“ erzählt die Geschichte eines Bauern und schafft es dabei, die Mechanismen und die konkreten Auswirkungen der europäischen Agrarpolitik und einer stur auf Wachstum ausgerichteten Beratung nahezubringen – dem Insider wie dem Unbeleckten.

Hof Thomsteeg 192 S., 28,00 DM, ISBN 3-930 413-17-5, Nov. 1999. ABL Bauernblatt Verlag (siehe Coupon).

### Viele Kühe

Postkarten aus der „Edition Bauernstimme“

Zwei Cartoons von „Much“, zwei Fotografien und vier farbige Variationen von springenden Kühen

8 Motive im Set, 10,00 DM. ABL Bauernblatt Verlag.



**Wie gebe ich eine Kleinanzeige auf?**

Private Kleinanzeigen DM 15,-; Gewerbliche Kleinanzeigen DM 25,-; Chiffregebühr DM 5,-. Alle Preise inkl. MWST. Anzeigenannahme bis zum 10. des Vormonats. Anzeigen bis DM 25,- nur gegen Vorauszahlung per Scheck oder bar, ansonsten wird ein Zuschlag von DM 5,- für die Rechnungsstellung erhoben. Für gestaltete Anzeigen gilt unsere Anzeigenpreisliste. Anzeigenbestellungen bitte schriftlich an: „Unabhängige Bauernstimme“, Marienfelder Str. 14, 33378 Rheda-Wiedenbrück.

**(Klein) ANZEIGEN****Hof und Arbeit**

- 2 Agraringenieurinnen mit mehrjähriger Erfahrung in landw. Praxis u. Betriebsleitung suchen landw. (Grünland) Betrieb zur Pacht od. Kauf in BRD oder angrenz. Ausland. Der Hof sollte die Möglichkeit der Milchverarbeitung od. sonst. Veredelung bieten sowie für Direktvermarktung geeignet sein. Einstieg in Hofgemeinschaft od. Übernahme eines eigenständigen Bereichs (Milchprod./verarbeitung, sonst. Veredelung, DV) ebenfalls möglich. Chiffre 3/00-2
- Vielfältiger 8-ha-Hof (Demeter), einfachster Selbstversorgerstil, konsumabgewandt, Wasser und Wohnraum knapp, Himmel und Erde reichlich, Alleinlage, sucht 1-2 Menschen (Landwirtschaft, Handwerk, Kunst). Initiativkraft oder kl. Einkommen kein Hindernis. Eva (50), ☎ 06789-7243

**Kontakte**

- Ungewöhnliche Sie (35), lebenslustig, Naturfreundin und Genießerin, mit viel Humor, aber trotzdem mit beiden Beinen im Leben stehend, finanziell unabhängig, sucht Partner aus der Landwirtschaft, am liebsten in Süddeutsch-

**land. Chiffre 3/00-1****Tiermarkt**

- Verkäufe laufend beste **Arbeitspferde** in jeder Preisklasse. Burkhard Schreiner, Sipplingen, ☎ 07551/63609
- **Arbeitsamer Border-Collie Rude**, 2 Jahre alt, arbeitet mit Rindern und Schafen, wachsam, wg. Aufgabe der Landwirtschaft in geeignete Hände abzugeben. ☎ 04744-5603

**Maschinen**

- **Abflammergerät der Fa. Reinhard** gebr. zu verkaufen. 8 Düsen je 20 cm Arbeitsbreite, 4 Parallelogramme, 5 Gasflaschen stehend im Wasserbad. G. Stingl, ☎ 06043-950039, Fax: 06043-401187

**Urlaub**

- Mit **Muli, Pferd und Esel** wandern wir unbeschwert durch die umbrischen Berge. Die Tiere tragen Zelte, Essen usw. für 3-7 Tage zu Fuß. Info: Hinterland G. Mitterzwei, Monticchio 64, I-06060 Castiglione Foscio (FG), Italien, ☎ 0039-0758355062

**Tiere bauen keine Atomwaffen!**

Ohne aktiven Tier- und Umweltschutz haben wir keine Zukunft. Darum haben wir rechtzeitig gehandelt:

Wir bieten Ihnen attraktive Investmentfonds nach klaren ethischen und ökologischen Regeln – als private Rentenversicherung, Sparplan oder Einmalanlage. Das ist auch unter steuerlichen Gesichtspunkten sehr interessant für Sie.

Für Ihre vierbeinigen Freunde vermitteln wir Ihnen Tierversicherungen aller Art, u.a. das komplette Programm der Uelzener.

Fordern Sie einfach unverbindlich Angebote an!

Nutzen Sie den direkten Draht: ☎ 0172-5152338, oder schreiben Sie uns: MABO & Cvc Versicherungsmakler GmbH, BD Hannover,

**Klaus-Peter Fuhrmann, Ackerstr. 2, 30851 Langenhagen, ☎ 0511-742838, Fax: 0511-742869**

ERNTEN SIE NUR EINMAL IM JAHR ?

**proVENTO**

ERNTEN SIE DAS GANZE JAHR !!!

WIR HELFEN IHNEN DABEI OHNE FINANZIELLES RISIKO. OHNE MEHRARBEIT. MIT GARANTIERTEM ERFOLG.

WIR BIETEN IHNEN FÜR GEEIGNETE FLÄCHEN ZUR ERRICHTUNG VON WINDENERGIEANLAGEN.

- LANGFRISTIGE PACTHVERHÄLTNISSE (CA. 25 JAHRE), WOBEI DAS LAND WIE BISHER FAST OHNE EINSCHRÄNKUNG GENUTZT WERDEN KANN, ODER
- KAUF DER FLÄCHE MIT PACTHMÖGLICHKEIT FÜR SIE.

WIR INFORMIEREN SIE GERNE.

IHRE  
PROVENTO-GRUPPE

KOBLENZER STR. 13  
56759 KAISERSGESCH  
TEL: 02653 / 590 850  
FAX: 02653 / 590 850

**Veranstaltungskalender****Abl. AK Heide-Weser: „Dat geit los!“**

8. März 2000, 20.15 Uhr, Regina Kino, Lindhooper Str. 57, Verden

Der Abl. AK Heide-Weser und das Kommunalkino Verden präsentieren den Dokumentarfilm „Dat geit los!“. Es ist ein Filmportrait eines Schleswiger Landwirts, der von seinem Hof exmittiert wurde und nun in einem Blechcontainer auf einem kleinen Restzettel seines Landes wohnt. Weil das nicht gestattet ist, versuchen die Behörden, ihn auch von dort zu vertreiben. Doch der Bauer bleibt unbeugsam. Der Film macht keinen Hehl aus seiner Sympathie für diesen modernen Michael Kohlhaas, dessen Alltag er liebevoll und detailliert beobachtet. Gespräche mit einem Beamten verdichten sich dagegen zur Realsatire. Im Kern geht es um den Kampf eines Einzelnen um Gerechtigkeit und die deutsche Bürokratie. Das Thema wird unterhaltsam und mit bodenständigem Humor dargestellt.

Karl-Heinz Rengstorf, ☎ 04233-669

**Lernort Bauernhof**

8. - 10. März 2000, Altruderschw. Ww

Projekte und pädagogische Konzepte zum Lernen auf dem Bauernhof.

Evang. Landjugendakademie Altkirchen, Diepertzbergweg 13-17, 57610 Altkirchen, ☎ 02481-9516-0

**Wozu noch Werte**

10. - 11. März 2000, Bad Herrenalb

Über den Sinn von Werten in einer pluralen Gesellschaft. Für die Einen sind sie unverzichtbar, der festgestellte Schwund wird heftig beklagt. Für die Anderen stehen sie im Widerspruch zur freiheitlichen Gesellschaft. Braucht unsere Gesellschaft Werte? Braucht sie die Erneuerung von Werten oder neue Werte?

Evang. Akademie Baden, 76332 Bad Herrenalb, ☎ 07083-928-0

**NRW Holztag**

17. - 19. März 2000, Nettensheim (Eifel)

Es gibt gute Gründe für die Nutzung von Holz zur Energie-Erzeugung. Gewinnung und Verkauf von Energieholz ermöglichen den Waldbauern ein zusätzliches Einkommen und schaffen neue Arbeits-

plätze in ländlichen Regionen.

Info: Holzkompetenzzentrum Rheinland, ☎ 02486-1246

**Bioland-Imkerei**

13. März 2000, DITS, Witzshausen

Einführungskurs für Imker. Bioland, Mainz, ☎ 06131-23979-0

**Gentechnik und Öko-Landbau**

22. März 2000, Plankstetten

Gentechnik – Stand und Entwicklungen im Öko-Landbau. Info: Bioland Bayern, ☎ 0821-34680-0

**Warmfleischfabrikation**

24. März 2000, 16.00 - 20.00 Uhr, Pöppel

Warmfleischfabrikation ist eine Methode, bei der das Fleisch schlächtrich und ohne abzukühlen zu Würst und Schinken weiterverarbeitet wird. Dieses schont die Inhaltsstoffe des Fleisches und macht den Einsatz von Bindemitteln überflüssig. Referat ländlicher Raum, Quellenhofweg 129, 33617 Bielefeld, ☎ 0521-140342

**Gemeinschaftsverpflegung**

27. - 29. März 2000, Isenbühl

Kompaktseminar für eine zeitgemäße Verpflegung in Gemeinschaftsverpflegung und Gastronomie. Evang. Akademie Haus Ortlöbn, 58638 Iserlohn-Nallberg, ☎ 02371-352-145

**Artgerechte Ziegen- und Schafhaltung**

29. März - 1. April 2000, Lauda

Hobbyhaltung und Landschaftspflege Ziegen- und Schafzassen in Süddeutschland. Spezielle Ansprüche von Ziegen und Schafen bei Fütterung, Haltung und Pflege. Ursachen und Behandlung von Erkrankungen. UfVS Lauda, Lauberstr. 9, 97922 Lauda, ☎ 09343-589190

**Direkt Markt 2000**

1. - 3. April 2000, Messe Nürnberg

Fachmesse für landwirtschaftliche Direktvermarkter.

Info: Fachausstellungen Heckmann GmbH, ☎ 0511-99095-44

**Ems-Konferenz**

4. April 2000, Münster/Westf.

Konferenz des Naturschutzes und des Instituts für Landschaftsökologie der Uni Münster zur Zukunft von Ems und Emsaue. Herausgestellt und zusammengetragen werden sollen zunächst die vielen verschiedenen Aktivitäten zum Schutz und zur Untersuchung der Ems. Zweitens sollen Perspektiven einer zukünftigen land-, forstwirtschaftlichen sowie touristischen Nutzung in der Emsaue skizziert werden.

Natur- u. Umweltschutz-Akademie des Landes NRW, Siemensstr. 5, 45659 Recklinghausen, ☎ 02361-305-0

**Milchforum Berlin**

14. April 2000, 10.00 - 15.00 Uhr, Humboldt

Univ. Berlin, Invalidenstr. 42

„Quotenhandel – Ellex für die Milchwirtschaft?“ ist die Tagung von Humboldt-Uni und ZMP überschrieben. Experten werden das neue Quotensystem darstellen und erklären.

Infos: ☎ 030-2093-6317

**EU-Osterweiterung**

5. - 7. Mai 2000, Bad Alexandersbad

Die Osterweiterung der EU als umweltpolitische Herausforderung. Tagung in Kooperation mit Bund Naturschutz Bayern, Stiftung Euronatur. Evang. Luth. Heimvolkshochschule Alexandersbad, 95680 Bad Alexandersbad, ☎ 09232-9939-0

**Das Dorf ...**

22. - 23. März 2000, Wünnenberg/Kreis Eickelborn, NRW

Das Dorf im Einflussbereich von Großstädten ist das Thema des diesjährigen interdisziplinären Dorfsymposiums. In Deutschland unterscheidet die Raumordnung zumindest drei Kategorien ländlicher Räume. Im Mittelpunkt staatlicher und „ländlicher“ Interessen steht zumeist der periphere ländliche Raum. Am stärksten verändert aber hat sich der ländliche Raum im Einflussbereich von Großstädten.

Prof. Henkel, Univ. Essen, FB 9, Institut für Geographie, ☎ 0201-1833160-61

**ASG-Tagung**

24. - 26. März 2000, Mölln

Auf der Frühjahrstagung der Agrarsozialen Gesellschaft (ASG) sollen praxisnahe Beispiele zum Thema „Global denken, lokal handeln“ aufgezeigt werden.

ASG, Kurze Geismarstr. 33, 37073 Göttingen, ☎ 0551-49709-0

**Gentechnik-Tagung**

23. - 24. Juni 2000, Jena

Tagung der Heinrich-Böll-Stiftung in Kooperation mit „Thüringer Ökoherz“ mit den Schwerpunkten 1) Humangenetik und Bioethik, 2) Landwirtschaft und Gentechnik, 3) Rolle der Gentechnik in den WTO-Verhandlungen.

Thüringer Ökoherz e.V., Weimar/Schöndorf, ☎ 03643-437-113 / 107

**TIERGERECHTER STALLBAU**

Beratung, Planung und Betreuung durch  
Unabhängiges Beratungsbüro

Dipl. Ing. agr. Bodo Bertsch

Telefon 0551 - 22751

**Bauernstimme  
Praktikant/in  
herzlich willkommen**

Der ABL-Bauernblatt Verlag, der u.a. die Bauernstimme herausbringt, bietet Studierenden und anderen Interessierten eine Praktikant/innen-Stelle an. Wem das Schreiben gut von der Hand geht, ist herzlich willkommen:  
ABL-Verlag, Rheda-Wiedenbrück, ☎ 05242-48185

## Milchtagung 2000

13. März 2000, 9.30 – 16.30 Uhr  
Kath. LVHS Hardehausen, Warburg-Hardehausen

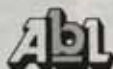
Die ABL, die KJLB und die AG Ländliche Entwicklung der Universität Gesamthochschule Kassel laden ein. Der Teilnehmerbeitrag (einschl. Mittagessen und Kaffee) wird voraussichtlich DM 40,00 betragen.

Folgende Fachbeiträge sind vorgesehen:

- **Beate Henne (Hofgeismar):** Erfahrungen mit hofeigener Käseherstellung und -vermarktung. Ein Beispiel aus der Praxis.
- **Dorothee Biermann (AbL):** Staffelpreis bei Tuffi – Ende der bäuerlichen Solidarität
- **Bernd Voss (AbL):** Was wird die Quotenbörse bringen?
- **Heinz-Harald Effenkämper:** Der Hamfelder Hof und die Bio-Erzeugergemeinschaft „Wir Nordlichter“. Ein neues Beispiel für eine eigenständige Milchvermarktung.
- **Dr. Thomas Grupp:** „Die Milchzeuger wollen andere Kühe. Hohe Milchleistung ist nicht alles“.

Tagungsgebühr (einschl. Mittagessen und Kaffee): DM 40,00.  
Anmeldung: KJLB Bundestelle,  
Drachenfelsstr. 23, 53604 Bad Honnef-Rhönndorf,  
☎ 02224-9465-0, Fax: 02224-9465-44

## Ich werde Mitglied in der



### Zutreffendes bitte ankreuzen:

- |   |  |
|---|--|
| <input type="checkbox"/> Ich möchte Mitglied in der ABL werden  | <input type="checkbox"/> Ich bin bereit, als Fördermitglied einen höheren Beitrag von <input type="checkbox"/> DM 200,- <input type="checkbox"/> DM 250,- oder DM ..... zu zahlen. |
| <input type="checkbox"/> Ich zahle den regulären Mitgliedsbeitrag von DM 150,-                            | <input type="checkbox"/> Ich bin Kleinrentner, Student, Rentner, arbeitslos und bezahle einen Mitgliedbeitrag von DM 50,- (Nachweis liegt bei)                                     |
| <input type="checkbox"/> Wir bezahlen den Mitgliedsbeitrag für Ehepaar und Hofgemeinschaften von DM 200,- | <input type="checkbox"/> Ich beantrage als nicht landwirtschaftliche Unterstützter einen Mitgliedbeitrag von DM 100,-  |

### Mitgliedsadresse:

Name: \_\_\_\_\_ Vorname: \_\_\_\_\_  
Straße: \_\_\_\_\_ PLZ, Ort: \_\_\_\_\_

### Zahlungsweise des Mitgliedsbeitrags:

- |  |   |
|--|---|
| <input type="checkbox"/> Nach Erhalt der Rechnung  | <input type="checkbox"/> Ich bin Abonnent der Unabhängigen Bauernstimme                                       |
| <input type="checkbox"/> Ich erziele Ihnen eine Einzugsmächtigung (Dafür erhalte ich eine Ermäßigung von DM 3,-) | <input type="checkbox"/> Ich bestelle auch die Unabhängige Bauernstimme (Bitte Coupon auf Seite 74 ausfüllen) |

Hiermit ermächtige ich Sie wahlweise, den vom mir zu erreichenden Beitrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Konto-Nr.: \_\_\_\_\_ BLZ: \_\_\_\_\_ Bank: \_\_\_\_\_

Die Mitgliedschaft verlängert sich automatisch um ein weiteres Jahr, wenn nicht spätestens 14 Tage vor Ablauf gekündigt wird. Ich bin damit einverstanden, daß die Deutsche Bundespost im Falle einer Adressänderung die neue Adresse an die ABL bzw. Abs-Verwaltung weiterleitet. Wiederrufrecht: Ihre Bestellung kann innerhalb einer Woche ohne Angabe von Gründen schriftlich bei der ABL widerrufen werden.

Unterschrift: \_\_\_\_\_ Datum: \_\_\_\_\_ Beruf: \_\_\_\_\_

Bitte senden Sie die Bestellung in einem Kuvert an:

ABL e.V. Bauernstimme Marienfelder Str. 14, 33378 Rheda-Wiedenbrück

## AbL

## KONTAKTE

### Schleswig-Holstein

Landesverband: Ellen Holste, Reif 5, 24848 Alt Bennebek, ☎ 04624/800312  
Bernd Voss, Diekdorf Nr. 124, 25554 Wilster, ☎ 04823/8505, Fax: /75330  
Hinrich Lorenzen, Winderatt 14, 24966 Sörup, ☎ 04635/2141, Fax: /2114  
Plön: Matthias Stühwoldt, ☎ 04326/679  
Flensburg: Heiner Iversen, ☎ 04631/7424, Fax 04631/3852

### Niedersachsen

Landesverband: 29587 Luttmissen Nr. 2, ☎ + Fax 05822/2368  
Heide-Weser: Karlheinz Rengsdorf, ☎ 04233/069; Ulrike Helberg-Manke, ☎ 04231/63048  
Elbe-Weser: Hinrich Burfeind, ☎ 04762/1593; Ada Fischer ☎ 04723/3201, Fax: 04723/2118  
Wendland-Ostheide: Horst Seide, ☎ 05865/1247  
Niedersachsen-Mitte: Hartmut Hollemann, ☎ 05121/510694  
Südniedersachsen: Andreas Backfisch, ☎ 05508-999244, Fax: 05508-999245

### Nordrhein-Westfalen

Landesverband NRW: Marienfelder Str. 14, 33378 Rheda-Wiedenbrück, ☎ 05242/48476, Fax 05242/47838  
Herford: Friedel Gieseler, ☎ 05221/62575  
Minden-Lübbecke: August Seele, ☎ 05702/9152  
Hellweg: Ulrike Ostendorf, ☎ 02307/62281, Wilhelm Eckel, ☎ 02378/2991  
Sauerland: Dorothee Biermann, ☎ 02973/2557  
Höxter-Warburger Land: Hubertus Hartmann, ☎ 05273/35447  
Tecklenburger Land: Martin Steinmann, ☎ 05404/5264  
Gütersloh: Erika Kattenstroth, ☎ 05241/57069  
Düren: Monika Löwenich, ☎ 02425/901458

### Hessen

Mittelhessen: Ernst-Günter Lang, ☎ 06441/75502, Fax: 06441/975995;  
Ulte Rönnebeck, Lichtenauer Weg 34, 35396 Gießen, ☎ 0641/5590003  
Nordhessen: Bernhard Wickes, ☎ 05685/1403; Onno Poppinga, ☎ 05673/3540

### Rheinland-Pfalz

Landesverband: Auf'm Kreuzchen 2, 56290 Wohnroth ☎ 06762/951170, Fax: 06762/951191  
Regionalverband Eifel: Heribert Hoffmann, Lindenstr. 5a, 54597 Eilwerath, ☎ 06551/2636, Fax: - 985783  
Regionalverband Hunsrück-Nahe: Karin Auler-Weber, Auf dem Rech 4, 55481 Oberkosterz, ☎ 06763/601, Fax: 06763/558  
Koblenz-Mayen: Engelbert Jung, ☎ 02607/552

### Baden-Württemberg

Landesverband: Laubachtal 1, 88484 Gutenzell, ☎ 07352/8928, Fax: 07352/941422  
Nordschwarzwald: Georg Bohnet, ☎ 07443/3990, Martin Reiter, ☎ 07524/2272; Hedwig Noll, ☎ 07463/729  
Nord-Württemberg: Brigitte Steinmann, ☎ 07062/61620; Ulrike + Wolfgang Reimer, ☎ 07971/8584  
Göppingen: Gerhard Übele, ☎ 07166/422  
Oberschwaben: Albrecht Stöfel, ☎ 0751/91171; Josef Bopp, ☎ 07352/8928  
Schwarzwald-Baar: Klaus Elble, ☎ 07808/1311, Fax: 07808/910453  
Ortenaukreis: Tilo Braun, ☎ 07805/5465  
Bodensee: Anneliese Schmech, ☎ 07553/7529, Fax: 07553/828278  
Allgäu: Bärbel Endraß, ☎ 07528/7840, Fax: 07528/927590

### Bayern

Regionalverband Schwaben: Josef Böck, Leipheimer Str. 8, 89347 Bubesheim, ☎ 08221/6326; Hermann Holl, ☎ 07302/6512  
Bayerisches Oberland: Hans Pischeltrieder ☎ 08178/5478;  
Franz-Josef Grenzobach, ☎ 06809/603  
Landshut-Wistal: Josef Schmidt, ☎ 08742/8039  
Bogen (Bayerischer Wald): Hermann Etti, ☎ 09963/1590; Martin Wiethaler, ☎ 09967/9697  
Franken: Gabriel Deinhardt, ☎ 09194/8480; Jasmin Berger ☎ 09565/6838

Geschäftsführer: Georg Janßen, Schillerstr. 11, 21335 Lüneburg, ☎ 04131/407757, Fax 04131/407758

Arbeitskreis Frauen: Ulrike Hasemeier-Reimer, Flurstr. 6, 74405 Gaildorf-Reip- persberg, ☎ 07971/8584, Fax 07971/5718

AgrarBündnis e.V.: Friedrich von Homeyer, Zur nassen Ecke 2, 49565 Bramsche-Epe

Neuland e.V.: Baumschulallee 15, 53115 Bonn 1, ☎ 0226/604960

Europäische Bauernkoordination EBK-CPE, Rue de la Sablonnière 18, B-1000 Brüssel, ☎ 00322/2173112, Fax 2184509, E-mail: cpe@tagoranet.be

Verein zur Förderung des Anbaus und der Verwertung von Hanf, Marienfelder- str. 14, 33378 Rheda Wiedenbrück, ☎ 05242/48476, Fax: 05242/47838

Projektbüro Hanf, Haus Düsse, Dalke Lohmeyer, 59505 Bad Sassendorf/Ost- tinghausen, ☎ 02945/989195, Fax: 02945/989133

Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugesetze und Nachbaugebüh- ren, AdL Lambke 05864/233, Anneliese Schmech 07553/7529, Johann Schamann 09861/3945

### IMPRESSUM

Unabhängige Bauernstimme • Herausgeber: Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft – Bauern- blatt e.V., Marienfelder Straße 14, 33378 Rheda-Wiedenbrück, Tel. 05242/48476, Fax: 05242/47838, Home- page: http://www.bauernstimme.de • Bankverbindung: Kreissparkasse Wiedenbrück, BLZ 47853520 Kto 2017838 • Redaktion: Ulrich Jasper, Wiebe Erdmannski-Sasse, Marienfelder Str. 14, 33378 Rheda-Wieden- brück, Tel. 05242/48185, Fax: 05242/47838 (Redaktions- und Anzeigenschluß: jeweils am 15. des Vormo- nats) • Abonnementpreis: DM 60,- jährlich • Erscheinungsweise: monatlich (11 x jährlich) • Bestellungen, Adressänderungen, Veranstaltungshinweise und Anzeigenaufträge bitte direkt an den Verlag • Verlag: ABL Bauernblatt Verlags-GmbH, Marienfelder Straße 14, 33378 Rheda-Wiedenbrück, Tel. 05242/48185 Fax: 05242/47838 • Bankverbindung: Kreissparkasse Wiedenbrück, BLZ 47853520 Kto 2031516 Satz: Stadt- Blatt Verlags GmbH, Bielefeld • Druck: lensing druck, Münster – ISSN-Nr 0934-4632 Postvertriebsstück 1 K 12858 E

# Antizyklisches Verhalten

**M**an kennt das aus allen möglichen Lebensbereichen. Bevor die Milch überkocht, wird die Platte ausgestellt. Stellt man sie zu früh aus, bleibt das Kochen aus, wird der richtige Zeitpunkt dagegen verpasst, stinkt es.

Wir kennen das auch aus dem Schweinemarkt vergangener Zeiten. Die Preisentwicklung zeichnete den Graph eines Auf und Ab, wie eine Sinus-Kurve. Schweinezyklus wird das genannt: Gibt es deutlich mehr Schweine als der Markt nachfragt, dann – so sagt das Lehrbuch – sinkt der Preis. Ist der Preis unten, lohnt sich das Aufstallen neuer Ferkel nicht mehr und die Angebotsmenge an Schweinen sinkt. Liegt das Angebot unter der Nachfrage, steigt der Preis, und die Landwirte ställen wieder kräftig auf. Und dann geht das alles wieder von vorne los, immer und immer wieder – theoretisch jedenfalls. Um die Kurvenausschläge möglichst klein zu halten und Ruhe in den Markt zu bringen, mahnt die Beratung seit jeher zu antizyklischem Verhalten: Aufstallen im Preistief, um dann beim Preisanstieg der erste zu sein...

Dass der Schweinezyklus heutzutage nicht mehr nach Lehrbuch funktioniert hängt nach Ansicht von Beobachtern damit zusammen, dass gewachsene Betriebe mit ihren teuren fremdfinanzierten Ställen es sich nicht leisten können, die Ställe ein paar Wochen leer zu lassen – wenigstens ein Teil der Kosten muss reinkommen. Und die aufgegebenen Ställe werden zunehmend von anderen übernommen, fallen also auch nicht aus der Produktion. All das führt dazu, dass der Zyklus an Schwung verliert – die Zeiten ändern sich eben doch.

Doch nicht nur in der materiellen Welt gibt es Zyklen und antizyklisches Verhalten. Auch in der Politik kommt das vor. Jüngst hat sich in die-



Werbung der Gen-Tec-Industrie auf der Grünen Woche

ser Weise der Präsident des Deutschen Bauernverbandes hervorgerufen. Als Fels in der Brandung stemmte er sich – allein auf weiter See – gegen die allgemeine Erleichterung in Öffentlichkeit und Medien über die Entscheidung der Bundesregierung, die Anbau-Genehmigung für gentechnisch veränderten Bt-Mais zu verschieben, d.h. nicht zu erteilen.

Der DBV-Präsident gab nach der einhelligen Entscheidung der zuständigen Ministerien zu Protokoll, er habe „wenig Verständnis“ für die Entscheidung der Bundesregierung. Das sei eine „Verhinderungspolitik“. Gleichwohl sehe er für die deutsche Landwirtschaft darin derzeit keinen Nachteil, da die Bauern in absehbarer Zeit ohnehin keine genveränderten Pflanzen auf ihren Feldern anbauen, so Sonnleitner. – Ja, könnte sich jemand fragen, wen vertritt denn der „Bauernpräsident“ dann, wenn nicht die Landwirtschaft. Der nächste Satz in der DBV-Pressemitteilung erklärt den mangelnden Nachteil: Derzeit sei der Markt in Deutschland noch nicht für gentechnisch veränderte Pflanzen vorhanden, da die Verbraucher diese Züchtungsmethode nicht akzeptieren. – Eine treffliche Marktanalyse. Diese Verbraucherwünsche aber scheinen der DBV-Spitze nicht so recht zu passen. Also arbeitet sie dagegen. Und da haben wir es wieder, das bekannte Prinzip von der Milch und der Herdplatte.

Die Bauernstimme hat es da viel leichter. Wir sind sozusagen zykluslos. Unser Bestand an Abonnenten ist konstant, unsere Sinuskurve verläuft als Gerade. Wenn Sie, verehrte Leserin, verehrter Leser, das langweilig finden, haben Sie es in der Hand, das Papier stellen wir Ihnen hier schon mal bereit ...

## UNABHÄNGIGE Bauernstimme: gesellschaftsfähig

Zutreffendes bitte ankreuzen

- Ich möchte die BAUERNSTIMME abonnieren (DM 70,- im Jahr). In begründeten Fällen kann auf jährlichen Antrag für Kleinbauern, -bäuerinnen, Arbeitslose, SchülerInnen und StudentInnen der Abo-Preis auf DM 50,- gesenkt werden.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum Förderpreis von 120,- DM im Jahr
- Ich möchte die BAUERNSTIMME zum Preis von DM 35,- bzw. DM 70,- für  6 oder  12 Monate verschenken.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum einmaligen Schnupperpreis von 10 DM für drei Ausgaben (nur gegen Vorkasse: Bar, Scheck, Briefmarken)

Zustelladresse

Bei Geschenkabos Adresse des Auftraggebers

Name, Vorname

Name, Vorname

Straße

Straße

PLZ, Ort

PLZ, Ort

Zahlungsweise des Zeitungsabos:

- Nach Erhalt der Rechnung
- Mit beiliegendem Scheck
- Ich erteile Ihnen eine Einzugsermächtigung. Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Betrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Konto-Nr

BLZ

Bank

Das Abonnement verlängert sich um ein Jahr (außer bei Geschenkabos), wenn es nicht spätestens vier Wochen vor Ende des Aboszeitraums gekündigt wird.

Ich bin damit einverstanden, daß die Deutsche Bundespost im Falle einer Adressänderung die neue Adresse an die Abo-Verwaltung weiterleitet.

Widerrufsrecht: Ich weiß, daß ich meine Bestellung innerhalb einer Woche ohne Angabe von Gründen schriftlich beim ABL-Verlag widerrufen kann.

Unterschrift der Abonnentin / des Abonnenten Datum Beruf  
(bei Geschenkabo Unterschrift des Auftraggebers)

Bitte senden Sie die Bestellung an: Bauernstimme, 33378 Rheda-Wiedenbrück, Marienfelder Straße 14 oder FAX 05242-47838